

Andreas Dittmann

Fragile Staatlichkeiten in Libyen und Mali auf dem Weg nach „Afrikanistan“

1 Einführung

Seit Anfang des Jahres 2011 erschüttern in rascher zeitlicher Folge revolutionäre Erhebungen verschiedene Länder der Arabischen Welt. Nach Tunesien und Ägypten, wo die alten Machthaber binnen weniger Tage bzw. Wochen abtraten, wurden nahezu zeitgleich die Aufstände in Bahrain niedergeschlagen, im Jemen erstickt und kamen in Libyen zunächst ins Stocken. Während derzeit das nach-revolutionäre Libyen einen Weg zur Neupositionierung und Konsolidierung sucht, wird die Revolte in Syrien von staatlicher Seite massiv bekämpft und droht zu einem Stellvertreterkrieg verschiedener regionaler wie globaler Akteure zu mutieren. Bei der Interpretation der Dynamik dieser Entwicklungen wird richtiger Weise die Besonderheit der raschen zeitlichen Abfolge der revolutionären Ereignisse betont, angesichts dieser zeitlichen Gemeinsamkeit aber oft übersehen, dass die Gründe für die jeweiligen Erhebungen in ganz unterschiedlichen Motivationsbereichen zu suchen sind. Allgemein lassen sich als wesentliche Auslöser für die Aufstandsbewegungen in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, Bahrain und Jemen drei Grundtypen unterscheiden:

- Erhebungen aus Gründen materieller Not und wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit,
- Aufbegehren gegen politische Unterdrückung und politische Unfreiheit,
- Mischungen aus politischer und wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit.

Materielle Not und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit bis hin zu Engpässen bei der Befriedigung der wichtigsten Grundbedürfnisse reichende Notlagen trugen die Aufstandsbewegungen in Tunesien und Jemen sowie in einigen Gebieten des ländlichen Raumes anderer arabischer Staaten (Ägypten, Syrien). In Tunesien wurden die Revolten vor allem von jungen männlichen Bevölkerungsteilen geführt, die auch in absehbarer Zukunft keine Chance auf Verbesserung ihrer derzeitigen Lebenssituation sahen. Selbst bei vergleichsweise guter Ausbildung waren die Aussichten für die meisten jungen Tunesier düster. Diese Situation war, wie auch in anderen Staaten der MENA-Region,

durch ein rasches Bevölkerungswachstum der letzten Jahrzehnte bei gleichzeitig fehlenden Investitionen in Wirtschafts- und Infrastrukturausbau herbeigeführt und von Demographen wie Bevölkerungsgeographen bereits seit Langem vorhergesagt worden. Die Ausgangssituation ist in vielen anderen arabischen Staaten (z.B. Algerien) durchaus mit der in Tunesien vergleichbar. Die „Demographische Bombe“ tickt in vielen MENA-Staaten. Sie ist charakterisiert durch einen Anteil der Bevölkerung von über 50%, die jünger sind als 25 Jahre und für sich so gut wie keine ausreichenden Zukunftsaussichten identifizieren. Im Fall Jemens, dessen Bevölkerung ebenfalls aufgrund wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit auf die Straßen ging, kommen massive materielle Missstände, die sogar die Nahrungsmittel- und Wasserversorgung betreffen, hinzu. Jemen befindet sich heute bereits in einer Situation, die z.B. Libyen erst in 60 bis 70 Jahren kennzeichnen wird, wenn auch dort die Vorräte an Erdöl und fossilem Wasser zur Neige gehen werden. In Libyen demonstrierte der überwiegende Teil der Bevölkerung jedoch nicht aus Gründen materieller Not gegen Gaddafi, sondern wegen des Gefühls der politischen Unfreiheit bzw. der Ohnmacht, die sich aus einem Bewusstsein des „Politisch-nicht-eingebunden-Seins“ ergab. Auch wenn dies viele, vor allem junge, Libyer heute negieren, so ist ihre wirtschaftliche Situation im reichsten Land Afrikas und in einem der reichsten Länder der MENA-Region mit der Not junger Tunesier, Jemeniten oder auch Ägypter in keiner Weise vergleichbar.

Mit dem Sieg der Revolutionäre und dem Tode Gaddafis schien für den Westen die Angelegenheit der Arabellionen in Nordafrika zunächst erledigt. Einige argwöhnten noch aufkeimende „Stammeskriege“ in Libyen, welche die neue Demokratie bedrohen würden; allgemein aber hatte man die noch nicht revolutionär transformierten Hinterländer vergessen. Dies gilt nicht nur für den libyschen Sahararaum, der nach wie vor von großer Unsicherheit geprägt ist, sondern auch für die trans-saharischen Bereiche, in denen eine traditionsreiche Destabilisierungspolitik Libyens Strukturen hinterlassen hatte, die u.a. in der Mali-Krise seit Spätsommer 2012 ihren Ausdruck fand (DITTMANN 2013).

2 Reicher Nachbar Libyen

Libyen steht mit 1 754 540 qkm auf Rang 16 der größten Länder der Erde, ist allerdings nur ein Wüstenland. Mehr als 90% der Landesfläche gehören zu ariden bzw. semiariden Gebieten mit Niederschlägen von weniger als 100 mm im Jahresmittel. Landwirtschaft ist ohne Bewässerung nur im küstennahen Tripolitaniens und in den Höhen des Djebel Al-Akhtar der Cyrenaika möglich. Der überwiegende Teil des Landes gehört zur Sahara, die im Bereich der Großen Syrte bis ans Mittelmeer heranreicht. Traditionell wird Libyen in die drei Großräume Tripolitaniens im Nordwesten, die Cyrenaika im Nordosten und den Fezzan im Westen aufgeteilt. Eine solche Aufteilung, die man auch heute noch in weniger ausgereiften Lexika und Nachschlagewerken findet, basiert auf kolonialen Einteilungen und vernachlässigt die weiten, extrem-ariden Räume der Sahara im Süden und Südosten des Landes. Die libysche Sahara ist durch eine Wechsellage von Becken- und Gebirgslandschaften gegliedert. Die Küstenebene Tripolitaniens wird nach Süden vom Sahararaum durch die Schichtstufe des Gebel Nefusa abgegrenzt, an den sich nach Süden zunächst die große Steinwüste Hamada-el-Homra und dann das Sandmeer von Ubarai als Zentrum des Fezzan anschließen. Sedimentgesteine bilden den gebirgigen Übergang nach Westen zum hauptsächlich auf algerischer Seite liegenden Tassili-Gebirge sowie nach Süden als Umrahmung der Großen Sandseen von Murzuk. Sand- und Kieswüstenabschnitte prägen den Südosten des Landes in der Umgebung der Kufra-Oasen, während das zentralsaharische Tibesti-Gebirge die Grenzregion zum Nachbarstaat Tschad markiert. Die größeren Oasen konzentrieren sich am Rande der Sandwüstengebiete (Ergs) und im Wadi Al-Adjal. Seit Tiefbohrungen nach fossilem Wasser dazu geführt haben, dass die Wurzeln der Palmen es nicht mehr erreichen können, ist es insbesondere im Raum zwischen Germa und Sebha zu verbreitetem Oasensterben gekommen.

Sowohl Tripolitaniens als auch die Cyrenaika sind durch einen Reichtum an historischen Stätten gekennzeichnet. Während römische Siedlungsspuren den nordwestlichen Landesteil prägen, sind es v.a. die beeindruckenden Zeugen griechischer Gegenküstenkolonisation, die den Nordosten des Landes zu einem attraktiven Ziel für Touristen machen. Mit Leptis Magna verfügt Libyen über die größte und mit Abstand am besten erhaltene römische Stadt des gesamten Mittelmeerraumes.

Das reiche kulturelle Erbe griechischer, römischer und byzantinischer Epochen wurde in der libyschen Geschichtsschreibung lange Zeit als fremdbestimmt eingestuft und negiert, während man gleichzeitig eine

Selbstidentifikation in panarabischen Politikrichtungen versuchte.

3 Das Handelsembargo und das „Mare Nostrum“ Italiens

Libyens Geschichte ist dokumentiert durch einen besonderen Reichtum an frühen Kulturschätzen, von denen heute ein Großteil den Titel UNESCO-Weltkulturerbe trägt. In der Zentralsahara hinterließen prähistorische Jägergruppen im Bereich des Wadi Matendous bereits von 10 000 bis 12 000 Jahren eindrucksvolle Felsgravierungen, die die damalige üppige Fauna zeigen. Neolithische Felsbildmaler haben zur Zeit der neolithischen Feuchtphase (6 000–3 500 v. Chr.) im Akkakus-Gebirge ihre Lebensweise als Rinderhirten dokumentiert, und an der Mittelmeerküste hinterließen zunächst griechische und phönizische Siedler Zeugnisse ihres Zusammenlebens mit den einheimischen Berbern, bevor Tripolitaniens ab dem 2. vorchristlichen Jahrhundert ins Römische Reich integriert wurde. Die damalige Hauptstadt Leptis Magna erlebte eine beispiellose Ausbauphase im 2. nachchristlichen Jahrhundert, als ein Sohn der Stadt, Septimus Severus, römischer Kaiser wurde. Heute ist Leptis Magna die größte und bei weitem noch nicht vollständig wieder ausgegrabene römische Ruinenstadt des Mittelmeerraumes. Die Islamisierung löste im frühen siebten Jahrhundert die byzantinische Epoche ab, wobei die eigentliche Arabisierung Libyens durch die Einwanderungswellen der Beduinenstämme der Beni Sulaim und Beni Hilal erst im 11. und 12. Jahrhundert erfolgte. Die eher lose Anbindung an das Osmanische Reich wurde 1912 durch die Eroberung von Tripolis und den Beginn der italienischen Kolonialherrschaft über Libyen abgelöst. Diese endete mit dem II. Weltkrieg. Bis heute sind jedoch die italienisch-libyschen Beziehungen von besonderer Intensität. Zur Zeit des gegen Libyen wegen des Lockerbie-Anschlages erlassenen Handelsembargos machte Italien, das sich an die Importsanktionen weitgehend nicht hielt, mit Libyens Erdölgeschäfte in Milliardenhöhe. Erst auf amerikanischen Druck hin löste Italien im Februar 2011 seinen Freundschaftsvertrag mit Libyen auf, gestattete die Benutzung seiner Militärbasen und stimmte als letztes NATO-Land (noch nach der Türkei) dem Beginn der Luftschläge gegen Libyen zu.

Die Vorstellung vom zentralen Mittelmeer als einem römischen bzw. italienischen „Mare Nostrum“, einem Binnenmeer innerhalb eines politisch einheitlichen Einflussbereichs hat eine lange Tradition. Diese Ideologie wurde bereits von den Römern kurz nach der Zerstörung Karthagos (146 v. Chr.) entwickelt, um damit den Charakter des nordafrikanischen

Gegenübers als integralem Bestandteil des Römischen Reiches zu unterstreichen. Die späte Kolonialmacht Italien griff diesen Gedanken wieder auf und baute ihn zur Zeit des italienischen Faschismus im Sinne einer Rechtfertigungsideologie weiter aus. An der Gestaltung des Landes, insbesondere der Hauptstadt Tripolis und dem klimatisch begünstigten Gebiet Tripolitaniens, haben Italiener maßgeblich mitgewirkt.

Bereits 1951 (24. 12.) erlangte Libyen als eines der ersten Länder Afrikas die Unabhängigkeit. Seit Ende des II. Weltkriegs waren Tripolitaniens und die Cyrenaika von Großbritannien und der Fezzan von Frankreich verwaltet worden. Kurzzeitig hatte man erwogen, das Gebiet wieder unter Aufsicht der alten Kolonialmacht Italien zu stellen. Dann entschlossen sich die Mandatsmächte jedoch zum Modell einer konstitutionellen Monarchie nach britischem Vorbild mit König Idris I. als eingesetztem Staatsoberhaupt. Bereits 1952 verbot der König alle Gewerkschaften und die panarabischen Parteien.

Libyen war zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit eines der ärmsten Länder Afrikas. Diese Situation änderte sich grundlegend, nachdem 1959 umfangreiche Vorkommen qualitativ hochwertigen Erdöls im Bereich südlich der Großen Syrte entdeckt worden waren. Das Land wandelte sich innerhalb weniger Jahre von einer autarken Gesellschaft zur Importnation. In der Folgezeit wurde der Agrarbereich völlig vernachlässigt und eine Verlagerung vom primären auf den tertiären Sektor kennzeichnete neben einer umfassenden Landflucht weite Teile Libyens. Wirtschaftlich und außenpolitisch war das Land völlig von Großbritannien und den USA abhängig, die sowohl Erdölförderung und -vermarktung kontrollierten, als auch militärische Stützpunkte im Land unterhielten. Innenpolitisch war Libyen von gravierenden sozialen Disparitäten und einem weitgehenden Ausschluss der Bevölkerung von politischen Entscheidungsprozessen gekennzeichnet.

4 Ethnische Zusammensetzung und Bevölkerungsstruktur Libyens

Im Rahmen der Diskussionen um Struktur und Aussehen eines nach-revolutionären Libyen wird – insbesondere von den eher weniger mit Sachkenntnis beschwerten Diskutanten – das Szenario eines Rückfalls auf das Entwicklungsstadium einer Stammesgesellschaft prognostiziert, bei dem sich Stamm gegen Stamm erheben und das Land in ein postrevolutionäres Chaos stürzen würde. Solche Zukunftsbeschreibungen entbehren weitgehend jeder Grundlage. Das tribale Denken in Stammesstrukturen ist in Libyen nicht viel stärker ausgeprägt als in seinen

Nachbarländern Tunesien und Ägypten. Libyen ist gerade in dieser Hinsicht wesentlich moderner als dies viele europäische Beobachter und so genannte oder selbst ernannte Nahost-Experten glauben machen wollen. Die Vorstellung von ethnischen Auseinandersetzungen in einem von Instabilität und Dekapitation geprägten afrikanischen Land ist eher eine zwar alte, deshalb jedoch noch lange nicht richtige europäische Klischeevorstellung. Denn zum einen hat Gaddafi selbst über Jahrzehnte eine Politik der Schwächung des Einflusses der Stämme betrieben und letztendlich auch umgesetzt. Zum anderen hat sich die moderner werdende und zunehmend urbanisierende libysche Gesellschaft selbst de-tribalisiert und wohnt heute zum überwiegenden Teil in Städten (insb. in Tripolis, Benghazi und Misurata), wo Stammesstrukturen keine oder bestenfalls eine untergeordnete Rolle spielen.

Die Bevölkerung Libyens besteht zum weitaus überwiegenden Teil aus Arabern und arabisierten Berbern. Bei einer durchschnittlichen Bevölkerungswachstumsrate von 3,5% ist die Altersstruktur der insgesamt 6,4 Millionen Libyer ausgesprochen jung. Etwa 18% der Libyer sind jünger als 15 Jahre, was angesichts einer ebenfalls relativ hohen Arbeitslosenquote von 25 bis 30% potentielle soziale und gesellschaftliche Problemkonstellationen künftiger Entwicklungen bedeutet und als ein wesentlicher Grund für das derzeitige Unruhepotenzial angesehen werden kann. Die meisten Libyer leben in den relativ schmalen Küstenstreifen von Tripolitaniens und der Cyrenaika, wobei die städtischen Zentren Tripolis, Benghazi, Homs und Misurata besondere Sogwirkung für den Zuzug vom Land haben. Etwa ein Viertel der libyschen Bevölkerung ist berberischen Ursprungs. Die meisten von ihnen leben in der Gebirgsregion des Djebel Nefusa, in die sich ihre Vorfahren vor Jahrhunderten vor den einwandernden Arabern zurückzogen. Das Bekenntnis zu berberischen Wurzeln der Abstammung gewinnt in letzter Zeit immer größere Popularität, so dass Bevölkerungsstatistiken auch vor diesem Hintergrund neu gedacht werden müssen. Ein kleiner Teil der berberischen Bevölkerung Libyens lebt als Nomaden im Fezzan (Tuareg). In den städtischen Zentren des südlichen Sahararaumes leben zudem Libyer, die ethnisch zu den Tubu, den ursprünglichen Bewohnern des Tibesti (Grenzgebirge zu Tschad), gehören sowie Nachfahren früherer Sklaven aus Ländern südlich der Sahara. Von diesen dunkelhäutigen Libyern unterscheidet man in Libyen streng die eingewanderten Menschen aus subsaharischen Ländern, die entweder auf der Suche nach Arbeit nach Libyen kamen oder als Arbeitsmigranten über Libyen einen Weg nach Europa suchen. Libyen weist daher eine ausgesprochen heterogene Bevölkerungsstruktur auf.

5 Gescheiterte Diversifizierungsversuche der Wirtschaft und die Abhängigkeit vom Erdöl

Trotz jahrzehntelanger Bemühungen um eine Diversifizierung der libyschen Wirtschaft bestimmt nach wie vor die Entwicklung des Ölpreises die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes. 95% aller Wirtschaftsaktivitäten hängen mittelbar oder unmittelbar mit dem Export oder der Weiterverarbeitung von Erdöl zusammen. Die Probleme, welche sich aus einer solch einseitigen Abhängigkeit ergeben, sind den Wirtschaftsplanern durchaus bewusst. Gegenmaßnahmen haben allerdings bislang noch nicht gegriffen. Dies ist nur teilweise auf die in den letzten Jahren gegen Libyen verhängten Wirtschaftssanktionen zurückzuführen, obwohl die Regierung bemüht ist, die Hauptgründe für wirtschaftliche Fehlentwicklungen auf externe Faktoren zurückzuführen (DITTMANN 2010).

Kaum eine Institution symbolisiert die gegenwärtige Spagat-Situation Libyens zwischen Planwirtschaft einerseits und Marktwirtschaft andererseits so deutlich wie die sog. *Libyschen Märkte* (BANTLE 1994). Dabei handelt es sich um periodische Märkte mobiler Händler, die auf tunesischem Gebiet abgehalten werden. Auf diesen Märkten verkaufen teilweise libysche, vor allem aber tunesische Händler Zigaretten, Tee und hochwertige Importwaren an Kunden aus Tunesien. Fernseher, Radio- und Videoanlagen, CD-Player und Satellitenempfangsanlagen machen einen Großteil des Warenangebots aus.

Ursprünglich stammen diese Güter aus Libyen, wo sie zu staatlich subventionierten Tiefstpreisen angeboten werden. Der libysche Staat versteht die Bereitstellung von relativ hochwertigen Importgütern zu Niedrigpreisen als einen Teil der Fürsorgepflicht gegenüber seinen Bürgern. Die ohnehin bereits zu Mengenrabatt-Niedrigpreisen meist im Tausch gegen Öl importierten Waren werden zusätzlich mit staatlichen Mitteln subventioniert und ihr innerlibyscher Verkaufspreis so künstlich gesenkt. Die Waren gelangen über libysche Zwischenhändler und den Grenzübergang von Ras Ajdir auf die Märkte in Tunesien. Dabei ist die Gewinnspanne zwischen staatlich subventioniertem Verkaufspreis in Libyen und dem offiziellen Verkaufspreis in Tunesien so groß, dass trotz der Zwischenhändlerprovisionen und bestimmten „Grenzformalitäten“ noch Gewinne von 100–300% erzielt werden.

Im Hinterland von Sfax und Ben Guerdane in Tunesien gehören die Libyschen Märkte bereits zu den etablierten Handelseinrichtungen mit fester Umfriedung, stationären Ladenboxen und Flutlichtanlagen. Vor allem zur Zeit des Embargos florierten die Libyschen Märkte und fügten Libyen erheblichen

gesamtwirtschaftlichen Schaden zu. Dennoch wird diese Form der Schattenwirtschaft stillschweigend toleriert, da man sich einerseits auf diese Weise eine inoffizielle Deviseneinnahmequelle erhoffte und andererseits die Schmugglersituation unkontrollierbare Ausmaße angenommen hatte.

Seit Ende der 1990er Jahre deutete sich eine Überwindung der wirtschaftlichen Rezession an. Auch für diesen Trend sind wiederum externe Faktoren, v.a. die Entwicklung der Erdölpreise und die gestiegene Nachfrage nach libyschem Öl, ausschlaggebend. Libyen plant, einen Großteil der zu erwartenden Einnahmen in den weiteren Ausbau der Infrastruktur und die Modernisierung der Schwerindustrie zu investieren. Zunächst sind dafür 12–13 Mrd. USD vorgesehen. Die gestiegenen Mehreinnahmen werden sich voraussichtlich auch auf eine Belebung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Libyens auswirken. Der Allgemeine Volkskongress geht von einer realen Wachstumsrate des BIP von 4,7% aus. Diese Erwartungen scheinen nicht zu hoch gegriffen, denn bereits 1999 hatte man mit ca. 4,2% gerechnet, tatsächlich aber 5,4% BIP-Wachstum erreicht.

Gaddafi hatte noch zu Beginn des Jahres 2000 deutlich Kritik am bisherigen Verlauf der Wirtschaftsentwicklung vor dem Allgemeinen Volkskongress geäußert. Vor allem die immer noch große Abhängigkeit Libyens vom Erdölexport (95% der Deviseneinnahmen stammen aus dem Erdölgeschäft) und die ausbleibenden Fortschritte beim Versuch der Diversifizierung der Wirtschaft wurden kritisiert. Unmittelbare Folgen der Intervention des Revolutionsführers waren die Kürzung der jährlichen Ausgabenansätze von 3,5 Mrd. LD (1999) auf 3,1 Mrd. LD (2000) und eine Änderung des Staatshaushaltsplans, die vorsieht, dass nur noch 20% der Staatsausgaben von Öleinnahmen bezahlt werden dürfen. Hinweise darauf, wovon der Rest der Staatsausgaben in Zukunft zu bezahlen sei und was mit den verbleibenden Erdölgewinnen zu geschehen habe, enthielt die Direktive zunächst noch nicht.

Wichtiger als konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten, war an Gaddafis Regierungskritik die Betonung der These, dass er selbst für Fehlentwicklungen nicht verantwortlich zu machen sei. Als Revolutionsführer ist er nach dem Selbstverständnis der libyschen Verfassung nicht Teil der Regierung, sondern steht außerhalb bzw. oberhalb derselben. Politikversagen kann daher anderen Verantwortlichen zugewiesen werden. Dementsprechend folgte Mitte 2000 eine Regierungsumbildung, die alle Züge eines revolutionären Umbruchs aufweist: Zunächst wurde die zentrale Regierungsgewalt weitgehend auf regionale Zuständigkeiten übertragen.

Entscheidend aber war, dass zwei Drittel der bisherigen Ministerien ersatzlos gestrichen wurden. Aus

dem Ensemble der bestätigten und neu geschaffenen Bereiche lassen sich die Schwerpunkte künftiger libyscher Politik ablesen. Bestätigt wurden lediglich das Ministerium für Produktion, das für Dienstleistungen sowie das Innen- und das Außenministerium, zu dessen Leiter der frühere Botschafter in Deutschland ernannt wurde. Auch das Ministerium für Information, Kultur und Tourismus besteht weiterhin. Neu geschaffen wurde ein Ministerium für die Koordination der Beziehungen zu schwarzafrikanischen Ländern. Die die Erdölwirtschaft steuernde Energiepolitik wurde ganz der staatlichen Erdölgesellschaft übertragen, während das Verteidigungsressort ohnehin nicht zur Disposition stand und traditionell einer Gruppe von Gaddafi-Vertrauten untersteht.

Nachdem 1999, pünktlich zum 30. Jahrestag der libyschen September-Revolution, das Prestige-Projekt des „Großen Künstlichen Flusses“ (SCHLIEPHAKE 1993), bei dem fossiles Wasser aus der Zentralsahara über ein landesweites Röhrensystem bis in die Küstenstädte geleitet wird, größtenteils abgeschlossen wurde, sind nun andere, nicht weniger ehrgeizige, Projekte geplant. Dabei geht es zwar auch wiederum um den traditionellen Schwerpunkt des Infrastrukturausbaus, der in den vergangenen Jahren Libyen zu dem Land mit einem der besten Verkehrswegenetze Afrikas werden ließ. Vor allem aber soll auch in den Bereich der Petro-Industrie und in die Weiterverarbeitung von Erdöl investiert werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Modernisierung des Eisen- und Stahlwerks in Misurata. Angestrebt wird hier eine Verdopplung der derzeitigen Kapazität auf 1,2 Mio. t pro Jahr. Dafür hat die Lisco (Libyan Iron and Steel Company) Arbeiten im Wert von 20–25 Mio. USD vergeben.

Geplante Investitionen in Milliardenhöhe und ein tatsächliches Wirtschaftswachstum um 5% setzen im Ausland deutliche Signale. Als Auftraggeber und Handelspartner war Libyen bis Ende 2010 bei ausländischen Firmen mittlerweile wieder ebenso beliebt wie gegen Ende der 1970er Jahre. Wichtigste Außenhandelspartner waren über Jahrzehnte Italien und Deutschland. Mehr als 40% der libyschen Exporte fließen nach Italien, gefolgt von Deutschland mit 17%, Spanien mit 12% sowie Sudan und Frankreich mit je 4% Anteil an libyschen Exporten. Auch im Bereich des Imports nimmt Italien eine herausragende Position ein; 23% der nach Libyen eingeführten Waren stammen aus Italien, 12% aus Deutschland, 9% aus Großbritannien und jeweils 7% aus Frankreich und Tunesien. Politisch umstritten ist das jüngste libysch-französische Abkommen aus dem Jahr 2008, demzufolge Libyen zur Deckung zukünftiger Energieversorgung insgesamt sieben Atomkraftwerke erhalten soll.

Seit Jahren erscheint Libyen durch seine Politik der bewussten Selbstisolation aus westlicher Perspektive

als eines der unzugänglichsten Länder der arabischen Welt. Seit 1996 hat sich diese Situation grundlegend verändert. Seinen deutlichsten Niederschlag findet dies in der Öffnung des Landes für internationalen Tourismus und die stetigen Versuche, eine touristische Infrastruktur aufzubauen. Dabei wäre es falsch, diese Entwicklung mit ökonomischen Überlegungen in Verbindung zu bringen. Im Gegensatz zu seinen Nachbarländern Ägypten und Tunesien ist Libyen nicht auf Deviseneinnahmen aus der Tourismusbranche angewiesen. Dementsprechend antwortete das Ministerium für „Information, Kultur und Tourismus“ 2000 auf die Frage, warum man sich dennoch dem Tourismus öffne, mit einem selbstbewussten „Weil wir das Potenzial dazu haben!“

Heute sind die Beziehungen zwischen Libyen und Italien wieder von besonderer Art. Dies gilt v.a. auf wirtschaftlichem Gebiet. Wichtigster Außenhandelspartner Libyens ist derzeit Italien. Zurückzuführen ist die enge Kooperation beider Staaten weniger auf post-koloniales Erbe oder räumliche Nähe als vielmehr auf die nicht näher quantifizierbare Tatsache, dass Italien auch bereits zur Zeit des noch bestehenden UN-Embargos gegen Libyen konsequent Berührungsängste ab- und früher als andere Länder wieder Wirtschaftskontakte aufgebaut hat.

Die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Italien und Libyen liegt durchaus im beiderseitigen Interesse und drückt sich in einer Reihe von Privilegien für italienische Handelspartner aus. Bei rund der Hälfte der bis 2005 geplanten Investitionen im Bereich des Infrastrukturausbaus, für den insgesamt 12 Mrd. USD vorgesehen sind, sollen v.a. italienische Firmen berücksichtigt werden. Die Kooperation umfasst dabei sowohl die traditionellen Bereiche (Straßenbau, Wasserleitungen in Süd-Libyen, Nahrungsmittelindustrie, Erdölraffinerien und Pipelines) als auch neue spektakuläre Großprojekte. Dazu gehören der Bau einer Eisenbahnverbindung Tunesien-Libyen-Ägypten sowie die Verlegung einer 600 km langen Unterwasserleitung, durch die libysches Erdgas über Sizilien und Italien dem Weltmarkt zugeführt werden soll. Die Vereinbarungen zur Vermarktung des Sahara-Gases wurden Anfang 2000 zwischen dem libyschen Staat und zwei italienischen Firmen geschlossen.

Die Koordination der Wirtschaftsbeziehungen obliegt der italienisch-libyschen Beratungsgesellschaft ALI (Azienda Libica Italiana), die ihren Sitz in Rom hat. Bereits 130 italienische Unternehmen sind in der gemischt bilateralen Organisation zusammengefasst, während nach Aussage ihres Präsidenten, Abdul Rahaman Shalgam, weitere 30 Firmen auf Aufnahmeverträge warten. Die Regierung in Tripolis hat sowohl staatlichen italienischen Firmen als auch kleinen und mittelständischen Firmen, die in der ALI

organisiert sind, eine besondere Vorzugsbehandlung bei Auftragsvergabeverfahren eingeräumt.

6 Aktuelle politische Entwicklung

Die jüngere Geschichte Libyens ist untrennbar mit dem Wirken von Muammar Al-Gaddafi verbunden. Als Revolutionsführer lenkt er de facto seit 1969 unter wechselnden Amtsbezeichnungen die Geschicke des Landes und ist damit derzeit dienstältester Staatschef Afrikas. Gaddafi wurde 1942 als Sohn einer Beduinen-Familie in der Nähe von Sirte geboren. Er besuchte zunächst eine arabische Elementarschule, danach das Gymnasium und schloss sein Geschichtsstudium an der University of Libya mit einem Diplom ab. 1963 trat Gaddafi in die Militärakademie ein und gründete bereits 1966 die Bewegung der „Freien Offiziere“. Als Hauptmann der libyschen Armee machte er sich 1969 zum Anführer eines unblutigen Militärputsches, setzte Idris I. ab und erklärte Libyen zur arabischen Republik.

Die von Gaddafi propagierte sog. „Grüne Revolution“ ab Anfang der 1970er Jahre hatte sich die „nationale Befreiung“ von wirtschaftlicher Abhängigkeit von den USA und Großbritannien sowie die gesamtwirtschaftliche Nutzung der Erdölreserven zur Aufgabe gemacht. Alle ausländischen Banken sowie Erdölunternehmen wurden unter Gaddafi verstaatlicht und die Militärstützpunkte fremder Mächte geschlossen. Die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft wurden in den Infrastrukturausbau des Landes investiert und nicht mehr im Ausland angelegt. Durch eine rasche Verbesserung der medizinischen Versorgung, die Implementierung einer umfassenden Primarschulbildung sowie eine großzügige Darlehens- und Kreditpolitik gelang Gaddafi eine breite Akzeptanz seiner Politik in der Bevölkerung. Bis 1980 war Libyen das Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen unter allen sozialistischen Ländern.

Ideologisch setzte sich Muammar Al-Gaddafi sowohl vom Kapitalismus als auch vom Sozialismus östlicher Prägung bewusst ab. Er entwickelte einen dritten Weg, die sog. „Dritte Universal-Theorie“ (DUT), in deren Konzept basisdemokratische Elemente, Sozialismus, Islam, Pan-Arabische Ideen und v.a. die beduinische Tradition des „Sich-Beratens“ miteinander verwoben wurden. Die Grundzüge seiner Theorie legte der Evolutionsführer im sog. „Grünen Buch“ (AL-QADDAFI 1990) nieder. Entscheidender Unterschied zu den als „Volksdemokratien“ verschleierte Diktaturen des ehemaligen Ostblocks war dabei die Installation von sog. „basisdemokratischen Volkskongressen“, die laut Anspruch eine „Direktherrschaft des Volkes über das Volk“ gewährleisten sollten. De

facto wurden dadurch jedoch alle Stationen zwischen Regierung und Basis ausgeschlossen. Politisch unantastbar wurde die Position des offiziell außerhalb der Regierung stehenden Revolutionsführers. Bei aller Kritik, die der „real-existierende libysche Sozialismus“ von unterschiedlichen Seiten immer wieder erfahren hat, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sich dieses System offenbar als für Libyen besonders nachhaltig erwiesen hat. Anfangs erfuhr es nicht nur in den arabischen Nachbarstaaten und Ländern sozialistischen Zuschnitts eine gewisse Anerkennung und Bewunderung (BIANCO 1974).

Libyen war in der westlichen Einteilung der Welt in Gut und Böse über Jahrzehnte ein charakteristischer Vertreter der sog. „Schurkenstaaten“. Seitens des US-Außenministeriums wurde Libyen lange zusammen mit Afghanistan, Irak, Iran, Kuba, Nord-Korea, Pakistan, Sudan und Syrien auf der Liste der „Schurkenstaaten“ geführt. Vor allem mit Deviseneinnahmen aus dem Erdölgeschäft unterstützte Libyen in der Vergangenheit weltweit eine Vielzahl unterschiedlichster Organisationen. Zu den Günstlingen des libyschen Regimes gehörten u.a. PLO, IRA, muslimische Gruppen auf den Philippinen, schiitische und sunnitische Kampforganisationen im Libanon, kurdische Kommandos und sogar fundamentalistische christliche Rebellen in Uganda, die über Sudan von Libyen aus als Rache für die von Uganda unterstützten sudanesischen Rebellen im Sudan finanziert wurden. Als Vergeltung für die libysche Unterstützung von Terrororganisationen ließ der damalige amerikanische Präsident Ronald Reagan 1986 die Städte Tripolis und Benghazi bombardieren. Ziel dieser fragwürdigen Aktion, bei der bewusst zivile Opfer in Kauf genommen wurden, war es, Gaddafi zu töten. Durch einen Zufall überlebte dieser jedoch, während seine Tochter umkam und andere Mitglieder seiner Familie verletzt wurden. Die in der Altstadt von Tripolis entstandenen Bombenschäden waren noch bis Anfang der 1990er Jahre zu sehen.

Libysche Verwicklungen in internationale Terroraktionen wurden im Zusammenhang mit der sog. „Entschurkung“ Libyens vielfach auch kontrovers diskutiert. Dabei ging es im Wesentlichen in den letzten Jahren v.a. um das Lockerbie-Attentat und den Anschlag auf die Berliner Diskothek La-Belle. Der libyschen Regierung wurde dabei vorgeworfen, hinter dem Bombenanschlag auf ein amerikanisches Verkehrsflugzeug zu stecken, welches im Dezember 1988 über dem schottischen Ort Lockerbie zum Absturz gebracht wurde. Bei dem Anschlag waren alle 259 Insassen und elf Bewohner des Ortes ums Leben gekommen. Nach langem Zögern lieferte Libyen schließlich zwei mutmaßliche Attentäter aus, gegen die im Mai 2000 im ehemaligen amerikanischen Stützpunkt Camp Zeist in den Niederlanden

ein Prozess nach schottischem Recht durchgeführt wurde. Während Kritiker in dem Prozess v.a. ein Bauernopfer sahen, half die Auslieferung der beiden mutmaßlichen Attentäter Libyen weiter auf dem Weg aus der Isolation. Das Lockerbie-Gerichtsverfahren wurde Anfang 2001 abgeschlossen. Einer der beiden Angeklagten erhielt eine mehrjährige Haftstrafe, während der andere freigesprochen wurde.

Bei dem Anschlag auf die Berliner Diskothek La-Belle waren 1986 drei Menschen getötet und mehr als 200 verletzt worden. Seither wurde der libysche Geheimdienst verdächtigt, den Anschlag organisiert zu haben, da das Lokal v.a. von amerikanischen Soldaten besucht wurde und sich Libyen seinerzeit in einem eskalierenden Konflikt mit den USA befand. Auch hier zeichnet sich eine Wende ab, seit Libyen Anfang des Jahres 2000 einem deutschen Rechtshilfeersuchen zustimmte und signalisierte, bei der Aufklärung des La-Belle-Falles mitzuwirken.

Vergleichbare Kooperationsvereinbarungen zur Aufklärung terroristischer Hintergründe wurden mit Frankreich und anderen europäischen Ländern getroffen. Den Höhepunkt seiner öffentlichen Abkehr vom internationalen Terrorismus inszenierte Gaddafi durch seine Vermittlung zur Befreiung der von muslimischen Separatisten auf der süd-philippinischen Insel Jolo gefangen gehaltenen Geiseln im Sommer 2000.

Während sich noch unter der Clinton-Administration die Anzeichen dafür häuften, dass man mehr und mehr bereit sei, Libyen ggf. von der Schurkenstaaten-Liste zu streichen, erlebten diese Überlegungen unter Präsident Bush eine Neubewertung. Libyen fügte sich schließlich der Resolution des UN-Sicherheitsrats und zahlte Entschädigungen an die Hinterbliebenen der Lockerbie-Opfer. Insgesamt hat die Aufhebung des UN-Embargos gegen Libyen nach Auslieferung der mutmaßlichen Täter 1999 und die Zahlung von Wiedergutmachungsgeldern wesentlich zur Öffnung des Landes beigetragen.

Während des EU-Afrika-Gipfeltreffens im Jahr 2000 fand der libysche Revolutionsführer in Kairo Gelegenheit, seine Wiederaufnahme in die Völkerfamilie vor allem durch Gespräche mit europäischen Regierungschefs medienwirksam zu demonstrieren. Dabei wurde die Neuorientierung der zukünftigen libyschen Außenpolitik deutlich: Sie besteht einerseits in einem verstärkten politischen Engagement im afrikanischen Bereich und andererseits in einer wirtschaftlichen Hinwendung zu Europa.

Insbesondere die neue libysche Afrika-Politik und die aktuelle Selbstdefinition des Landes als ein Teil Afrikas (und nicht mehr ausschließlich der Arabischen Welt) hatten Libyens Rückkehr in die Völkergemeinschaft und ein Heraustreten aus der früheren Paria-Situation begünstigt. Nachdem Libyen in den letzten Jahren durch seinen Truppen-

rückzug aus dem zeitweise besetzten Nord-Tschad und den anschließenden Verzicht auf den umstrittenen Aouzou-Streifen im Grenzgebiet zu Niger und Tschad seinen Frieden mit der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) gemacht hatte, setzte sich diese im Gegenzug verstärkt für eine Lockerung der gegen Libyen verhängten UN-Sanktionen ein. Prominentester Fürsprecher war Nelson Mandela. An den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der libyschen Revolution im September 1999 nahmen auffallend viele Gäste aus schwarzafrikanischen Ländern teil. Im Jahr 2000 beteiligten sich sogar libysche Offiziere mit Billigung der USA an Friedenssondierungsgesprächen mit der Demokratischen Republik Kongo. Beifall finden dürften v.a. auch die von Gaddafi mit Vehemenz vorgetragenen Appelle an die Europäer, in denen er nach dem Credo „Lasst Afrika in Ruhe“ betont, dass man eine völlig andere Tradition und Kultur habe, Lebensmittel und Medikamente zwar benötige, aber keine Lektionen in Demokratie.

Geradezu revolutionär hingegen sind die libyschen Signale in Bezug auf eine künftige wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit Europa. Mehrfach wurde die Bereitschaft bekräftigt, die Bedingungen der „Barcelona-Vereinbarungen“ zu akzeptieren, welche die Beziehungen zwischen der EU und den Mittelmeeranrainern regeln, aber auch das Bekenntnis zu Marktwirtschaft und parlamentarischer Demokratie beinhalten. Libyens frühere Forderung nach einem Ausschluss Israels wird nicht mehr aufrechterhalten. Nachdem Gaddafi im libyschen Radio bereits verkündet hatte, dass „sozialer Kapitalismus“ möglicherweise doch der bessere Weg sei, erklärte er noch 2011 gegenüber der ägyptischen Zeitschrift Al-Ahram enge Beziehungen zu Europa und die Eingliederung in die euro-mediterrane Partnerschaft zu seinen vorrangigen politischen Zielen.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends hat sich Libyen aus seiner früheren Abseitsposition, die z.T. auf eine Politik der bewussten Selbstisolation, aber auch auf Sanktionen der Völkergemeinschaft zurückging, gelöst. Trotz vielfältiger Bemühungen zu einer Diversifizierung der Wirtschaft ist die libysche Entwicklung jedoch nach wie vor v.a. vom Weltmarktpreis für Erdöl abhängig. Die neue Öffnung des Landes findet ihren Niederschlag in einer bislang noch geplanten Liberalisierung der Wirtschaft und dem Ausbau des Tourismussektors, während die außenpolitischen Schwerpunkte einerseits nach Schwarzafrika und andererseits in Richtung einer euro-mediterranen Integration gerichtet sind.

7 Vom Partner zum Schurken

Die abermalige Verwandlung, diesmal vom Partner wieder zurück zum Schurken, unternahm nicht Gaddafi selbst, sie wurde ihm von westlichen Akteuren übergestülpt und aufgezwungen. Unter dem Eindruck der schnellen Erfolge der Revolutionen in Tunesien und Ägypten rechnete man im Februar 2011 allgemein mit einem ebenso schnellen Erfolg des Aufstandes in Libyen. Dies war eine eklatante Fehleinschätzung. Sie führte in den folgenden Monaten zu einer Stagnation der Revolte in Libyen und zu einem Festfahren der Fronten zwischen den Anhängern Gaddafis einerseits und den Rebellen im Osten des Landes andererseits.

Im Umfeld der arabischen Revolutionen in Nordafrika hat sich der Akteur Frankreich gleich mehrere schwerwiegende Fehler erlaubt, die bereits heute als wesentlicher Grund für die festgefahrene Situation der libyschen Revolte angesehen werden können: Vorausgegangen war den französischen Fehleinschätzungen ein unglücklicherweise bekannt gewordenes Telefonat zwischen der französischen Außenministerin und dem damaligen Noch-Machhaber, Ben Ali, in Tunesien. Im Laufe dieses Telefongesprächs war Ben Ali von Frankreich aus Polizei-Unterstützung bei der Bekämpfung der tunesischen revolutionäre in Aussicht gestellt worden. Kurz danach musste die französische Außenministerin zwar gehen, aber das Image der Grande Nation war nicht nur in Tunesien, sondern darüber hinaus in ganz Nordafrika und der gesamten Arabischen Welt zerstört. Man hatte sich deutlich als Unterstützer eines Autokraten ge-outet und – was vielleicht noch schwerer wog – dabei klare post-koloniale Politikgrundzüge offenbart. Das Image Frankreichs war im Februar 2011 sogar noch stärker angeschlagen als bei der gemeinsam mit Großbritannien durchgeführten Besetzung der Suez-Kanalzone im Jahr 1956. Frankreich musste also handeln, um nicht zu riskieren, über Jahrzehnte hinweg im südlichen Mittelmeerraum den Boden unter den Füßen bzw. die dortigen Märkte der Zukunft zu verlieren. In dieser Situation stellt sich Frankreich schnell – und wie sich heute herausstellt vielleicht zu schnell – auf die Seite der libyschen Rebellen. Deren raschen Sieg in Libyen sieht man ebenso kommen wie den baldigen Sturz Gaddafis und will daher rechtzeitig auf Seiten der Sieger stehen. Drei Strategierichtungen werden mit der von vielen Beobachtern als überhastet interpretierten Parteinahme Frankreichs für die Revolutionäre in Libyen verbunden:

- Zum einen will Frankreich damit sein in der Arabischen Welt stark angeschlagenes Image wieder verbessern und als Unterstützer des Arabischen Aufstandes gelten.

- Des Weiteren will sich Frankreich mit der klaren Parteinahme bei den vermeintlichen künftigen Machthabern in Libyen in eine bessere Geschäftsausgangslage – insbesondere gegenüber Italien – positionieren und damit die angestrebte mediterrane Vormachtstellung weiter ausbauen.
- Und drittens will Sarkozy vor langer Zeit mit Gaddafi eingefädelt Geschäftbeziehungen unbedingt retten und auf die Nach-Revolutionsregierung übertragen, ohne dabei den gerade erst gewonnenen nordafrikanischen Handelspartner Libyen wieder zu verlieren.

Ein wichtiger Bestandteil der noch mit Gaddafi ausgehandelten und nun auf die Regierung in Nach-revolutions-Libyen zu übertragenden bilateralen Geschäfte sind insbesondere die Verträge über den Verkauf von sieben französischen Atomkraftwerken neuester Bauart, die Frankreich in den nächsten Jahren an Libyen verkaufen sollte. Dieses enorme Geschäft (1,3 Milliarden pro Reaktor) sah man in Frankreich gefährdet, sollte man sich nicht rechtzeitig mit den Rebellen gut stellen. Es kam Frankreich also ab Ende Februar 2011 darauf an, schnell und eindeutig zu handeln – möglichst mit internationaler Rückendeckung. Diese war von der EU nur zögerlich, von der NATO zunächst gar nicht und den UN nur unter Vorbehalt zu erhalten. Dennoch drängte die Zeit, denn in Libyen waren die Rebellen nach anfänglichen Achtungserfolgen von den Truppen des Gaddafi-Regime wieder zurückgedrängt worden; es drohte die Einnahme der Stadt Benghazi und damit das Ende des libyschen Aufstandes. Nur so ist im Nachhinein aus heutiger Sicht zu erklären, warum Frankreich seinerzeit auf ein schnelles Eingreifen in Libyen drängte und viele Entscheidungsprozesse der westlichen und internationalen Allianz kaum abwarten konnte.

Neben einer Reihe von eher wirkungslosen bzw. wirkungsarmen Resolutionen (Verhängung des Reiseverbotes für Mitglieder der Familie Gaddafi, Einfrieren von Auslandskonten Gaddafis, Ausschluss Libyens aus der UN-Menschenrechtskommission und Verbot von Waffenlieferungen nach Libyen) hatte lediglich die lange diskutierte Option der Einrichtung bzw. Ausrufung einer Flugverbotzone über Libyen das Potenzial, nachhaltig das Kampfgeschehen zu beeinflussen und damit der Revolution neue Schwungkraft zu verleihen. Während sich die UN auffällig rasch zum Erlass der vier o.g. harmloseren Resolutionen entschied (wohl auch in peinlicher Erinnerung daran, dass man es versäumt hatte, Libyen aus der UN-Menschenrechtskommission auszuschließen), tat man sich ungleich schwerer mit dem Verhängen einer Flugverbotzone über Libyen. Dieses Verbot wurde aber von westlichen Akteuren unbedingt benötigt, um die Rebellen wirksam zu unterstützen. Als die UN die Resolution der Flugverbotzoneneinrichtung endlich

beschlossen hatte, ließ Sarkozy seine Kampfbomber, noch während die UN-Sitzung über andere Punkte tagte, starten und Gaddafis Panzer unmittelbar vor Benghazi stoppen. Die Situation war für die zwar idealistischen aber hoffungslos kampfunerfahrenen Rebellen damals ausgesprochen kritisch; nur wenige Stunden später hätten Gaddafis Truppen Benghazi zurückerobert. Auf Seiten der Revolutionäre hatte man schnell verstanden, wer hier wem rasch geholfen hatte und nicht nur in Benghazi, sondern auch in anderen Städten der Arabischen Welt gehisste Plakate mit Dankesworten an Frankreich, verrieten, dass Sarkozys Rechnung aufgegangen war: Die Umschreibungsoption der AKW-Verkaufspläne auf Kunden aus der Revolutionsbewegung war gelungen, das Geschäft gesichert.

8 „Besser einmal an einem Krieg zu wenig teilgenommen zu haben, als an einem zuviel“.

Bewertungsversuch der deutschen Ohne-Uns-Option im Libyen-Konflikt

Die Absage Deutschlands, sich an den Militärschlägen gegen Libyen zu beteiligen ist mehrfach lange und vor allem kontrovers diskutiert worden. Sicher standen bei den damaligen Entscheidungsprozessen der Bundesregierung in erster Linie innenpolitische bzw. wahltaktische Überlegungen stärker im Vordergrund als die Notwendigkeit, eine internationale Waffenbrüderschaft durch Tatkraft zu dokumentieren. Dennoch darf man die deutsche Zurückhaltung unter mehreren Gesichtspunkten aus heutiger Sicht durchaus auch positiv bewerten:

- Die amerikanische Verstimmung wurde spätestens mit dem Besuch der deutschen Bundeskanzlerin Anfang Juni 2011 weitgehend wieder beigelegt.
- Dass Deutschland u.a. auch für die Durchsetzung bzw. Weiterführung französischer Atomgeschäfte mit Nordafrika nicht mitbombte, darf durchaus positiv bewertet werden.
- Auch ein deutsches militärisches Engagement im Sinne eines robusten Mandates hätte an der grundsätzlichen Misere des monatelangen Tauziehens zwischen Rebellen und Gaddafi-Anhängern in Libyen kurzfristig nichts geändert.

Die militärische Zurückhaltung prädestiniert Deutschland als gleichsam neutralen Verhandlungsführer in einem Nachrevolutions-Libyen geradezu und hat das allgemein hohe Ansehen der Bundesrepublik in der Arabischen Welt eher gestärkt denn beschädigt; im Gegenteil, eine Waffenbrüderschaft mit den ehemals in Nordafrika engagierten Ex-Kolonialmächten

Frankreich und Großbritannien hätte hier sogar eher geschadet.

9 Die ersten demokratischen Wahlen in Libyen

Der Verlauf der politischen Ereignisse in Libyen in der Vorbereitung und Durchführung und anschließenden Umsetzung der ersten demokratischen Wahlen des Landes erfuhren ein deutlich geringeres Medieninteresse als die Kämpfe im Zuge der libyschen Revolution. Ohne allzu zynisch sein zu wollen, sei an dieser Stelle die Hypothese aufgestellt, dass dies mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auch damit zusammenhängt, dass die libyschen Wahlen ohne größere der im Vorfeld vielfach prognostizierten Katastrophen ausgekommen sind. Bei der nachträglichen Lektüre und Analyse von Medienmeldungen unterschiedlicher Art und sowohl deutscher als auch internationaler Provenienz lässt sich feststellen, dass der weitaus überwiegende Teil der Medien offenbar nach dem Motto „only bad news are good news“ gehandelt hat. Vielfach gewinnt man sogar den Eindruck, dass verbreitet ein gewisses Bedauern darüber herrschte, dass die Wahlen in Libyen so vergleichsweise reibungslos abgelaufen sind und keines der Szenarien, welche vorher die mehr oder weniger professionellen Schwarzseher an die Wand gemalt hatten, eintraf. Viel besser ins Bild gepasst hätten Ereignisse von Chaos und gewaltsamen Auseinandersetzungen, die viel mehr dem westlichen Image eines zerbrochenen afrikanischen Staates ohne Übung im demokratischen Instrumentarium und nachhaltig geschwächt von post-revolutionären Racheaktionen entsprochen hätten. Noch nicht einmal die Schreckensvision einer islamistischen Mehrheitsregierung konnte als Wahlergebnis bestätigt werden; auch hier überwogen auf voller Breite überwiegend die positiven, d.h. den Westen beruhigenden Nachrichten.

Im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen war die junge, gerade im Anfangsstadium begriffene libysche Demokratie jedoch von einigen Ereignissen belastet worden, die von ausländischen Beobachtern nur unzureichend kompetent eingeordnet wurden. Erschwerend kam dabei hinzu, dass diese Ereignisse auf den ersten Blick einigen der besonders düsteren Prognosen zunächst recht zu geben schienen und dass sie darüber hinaus auch noch fast gleichzeitig abliefen. Es erscheint daher angeraten, sie in der nachträglichen Perspektive genauer zu analysieren.

Allgemein großes Interesse erregte der harsche Umgang von Vertretern der libyschen Übergangsregierung mit Mitgliedern der Delegation des Internationalen Gerichtshofs, die zeitweise und teilweise in ihrer Arbeit behindert worden waren, denen der

Zugang zu Inhaftierten (insbesondere zu Mitgliedern der Gaddafi-Familie) verboten worden war und die schließlich sogar u.a. unter angeblichem Spionageverdacht verhaftet worden waren. Ausländische, insbesondere westliche Beobachter sahen darin eine allzu schnelle Abkehr von demokratischen bzw. von rechtsstaatlichen Grundprinzipien und eine Hinwendung zu „typischen afrikanischen“ Diktaturmustern. Die Verhaftungen und Arbeitsbehinderungen von Mitgliedern des Internationalen Gerichtshofs passten genau in das Bild, das man landläufig bereit war, sich von den neuen Machthabern in Libyen anzueignen. Solche Analysen ereigneten sich jedoch weitgehend jenseits von tiefgreifenderen Erkenntnissen. Unbeachtet blieb dabei insbesondere die ausgesprochen schwierige Situation der libyschen Übergangsregierung, welche darin bestand, eine diffizile Gratwanderung zu bewerkstelligen. Diese bestand im wesentlichen darin, den internationalen Akteuren zu signalisieren, dass man sowohl Willens als auch in der Lage sei, die westlichen Vorstellungen von Demokratieeinführung zu erfüllen und andererseits aber auch gegenüber dem eigenen Volk als ein Revolutionsinstrument dazustehen, das als Übergangsregierung in erster Linie die Ideen der Revolution weiterverfolgt. Dazu gehörte nach den Vorstellungen der meisten revolutionären Libyern eine klare Abrechnung mit dem früheren Regime und eine kompromisslose Verfolgung und Bestrafung seiner Funktionäre, insbesondere derer, die dem unmittelbaren Gaddafi-Umfeld zugerechnet wurden. An dieser Stelle soll gar nicht über die Rechtmäßigkeit von Bestrafungswünschen und dem schwierigen Problem ihrer Abgrenzung von Revanche- und Rachedgedanken spekuliert werden, es muss aber umso deutlicher betont werden, dass aus der Sicht der unterschiedlichen Gruppen revolutionäre Aktivisten eine zu nachgiebige Verfolgung von Gaddafi-Regimeangehörigen als eine Fortsetzung früherer Machtstrukturen und der Versuch einer Vertuschung von Willkürmaßnahmen des Machtmissbrauchs gewertet worden wären. Dass der Wunsch, Angehörige des früheren libyschen Regimes einer wie auch immer gearteten Bestrafung zuzuführen, nicht auf Antrieb und von vornherein bis ins letzte Detail mit den Gerechtigkeitsvorstellungen internationaler Akteure der Gerichtsbarkeit übereinstimmen konnte, hätte angesichts der praktisch nicht vorhandenen Erfahrung im Umgang mit vergleichbaren libyschen Fällen allgemein bekannt sein müssen. Unglückliche Umstände kamen hinzu. So wurden Mitglieder der Delegation des Internationalen Gerichtshofs von Milizen im Bereich des Gebel Nefusa ausgerechnet dort festgehalten, wo noch wenige Wochen zuvor die letzten Gaddafi-Getreuen besonders gewütet hatten. Die Vertreter der lokalen Milizen sahen in den Delegationsangehörigen in erster Linie Mithelfer einer

internationalen Verschleierung von Gräueltaten des vorangegangenen Regimes und vor allem die Gefahr, dass Verantwortliche ihrer gerechten Strafe entgehen könnten. Sie nahmen daraufhin das Recht selbst in die Hand und setzten die Gerichtshofdelegierten kurzfristig fest. Hätte die libysche Übergangsregierung in dieser Situation der internationalen Empörung folgend so schnell so gezielt und vor allem so massiv eingegriffen, wie vielfach gefordert, hätte dies ihrem innerlibyschen Ansehen und ihrer Rechtfertigung als im Sinne der Revolutionäre handelnde Übergangsregierung sehr geschadet. Auch wenn Mitglieder der Delegation des Internationalen Gerichtshofs dadurch vorübergehendes Ungemach erlitten, so kann aus nachträglicher Perspektive die vermittelnde, weil insbesondere die innerlibyschen Sichtweisen berücksichtigende Haltung der Übergangsregierung nur als ausgesprochen weise und vorausschauend eingestuft werden. Eine Vorverurteilung der Übergangsregierung als eine Clique, die sich allzu rasch von demokratischen Grundsätzen verabschiedet hätte, entbehrt also jeder Grundlage.

Etwa zum gleichen Zeitpunkt erschütterten Ereignisse im Süden Libyens das Gesamtgeschehen. Sie sind zwar nur von lokaler Bedeutung, ihnen wurde aber im Zuge der Gleichzeitigkeit mit anderen Unruheereignissen eine überhöhte Bedeutung zugewiesen. Einige sogenannten Experten sahen darin sogar die ersten Anzeichen eines Auseinanderbrechens des libyschen Staates. Im Kern ging es dabei um Auseinandersetzungen zwischen libyschen Sicherheitskräften (in erster Linie Polizei und Zoll) und Angehörigen des Tubu-Volkes, das die Gebirgsregionen des Tibesti im Süden von Libyen und im Nord-Tschad bewohnt. Die Angehörigen von einigen grenzüberschreitend agierenden Tubu-Clans, welche seit Jahren die schwer zu kontrollierende Lage ihres Siedlungsgebietes für semilegale und kriminelle Geschäfte in grenzüberschreitenden Güter- und Menschenverkehr nutzten, sahen sich durch Sicherheitsorgane der Übergangsregierung zunehmend in ihren Aktivitäten behindert. Die Situation eskalierte, als einige Fahrzeuge von Tubu-Geschäftsleuten konfisziert und bei Polizeistationen in der Nähe von Sebah eingestellt wurden. Daraufhin versuchten gewaltbereite Tubu-Aktivisten, wieder an ihre Fahrzeuge zu gelangen, bei denen sich in diesem Rahmen entwickelnden Schießereien kamen sowohl Polizisten als auch Tubu und aufseiten der letzten auch Frauen und Kinder um. Sehr geschickt verstanden es einige im Sinne der Tubu agierende Meinungsmacher, die Maßnahmen der libyschen Sicherheitsorgane als Aktionen eines „Genozids“ an den Tubu vonseiten der libyschen Übergangsregierung darzustellen. Tatsächlich handelte es sich jedoch in erster Linie um Auseinandersetzungen im Rahmen der Versuche, semilegale und illegale

Aktionen in den südlichen Grenzgebieten Libyens einzudämmen.

Als dritter Unruheaspekt kam unmittelbar in den Wochen vor Durchführung der Wahlen hinzu, dass das Büro der libyschen Übergangsregierung in Bengasi von aufgebrachten Demonstranten angegriffen worden war, die Flaschen und Steine durch Fenster des Gebäudes des vorübergehenden Hauptquartiers geworfen und damit verschiedene Mitglieder der Übergangsregierung nicht nur zum fluchtartigen Verlassen, sondern auch zu übereilten Stellungnahmen und Bewertungen der Ereignisse veranlasst hatte. So sprach der damalige Leiter der libyschen Übergangsregierung u.a. davon, dass die libysche Revolution „nun keine Chance mehr habe“ und prognostizierte allgemein düstere Entwicklungen. Da die geschilderten Ereignisse in Bengasi stattfanden, lag es auf der Hand, sie mit Aktionen der islamistischen libyschen Revolutionsgruppen in Verbindung zu bringen und daraus die Gefahr einer islamistischen Machtübernahme in Gesamtlibyen zu konstruieren. Es zeichnete sich zum damaligen Zeitpunkt bereits ein über alle Erwartungen hinausgehender hoher Anteil von islamischen und islamistischen Gruppen bei den Wahlen im Nachbarland Ägypten ab, und viele Analytiker erwarteten vergleichbare Ergebnisse für Libyen.

10 Entwicklungsprognosen für das postrevolutionäre Libyen

Nachdem die ersten demokratischen Wahlen in Libyen ohne größere Zwischenfälle und Ungereimtheiten durchgeführt wurden und noch dazu zu einem Ergebnis führten, in dem islamistisch ausgerichtete Gruppen zwar eine deutliche, keineswegs aber eine mehrheitliche Rolle zugewiesen wird, stellen sich die zukünftigen Entwicklungsaussichten für das Land ausgesprochen positiv dar. Diese werden im Wesentlichen von drei Hauptfaktoren bestimmt:

- eine relativ geringe Gesamtbevölkerung von Ende 2012 schätzungsweise 6,42 Millionen,
- Erdölressourcen, die noch mindestens für 60–65 Jahre weiterhin Deviseneinnahmen in beträchtlicher Höhe versprechen und
- ein großer Anteil junger tatkräftiger Bevölkerung in einer beispiellosen Aufbruchsstimmung und versehen mit dem Willen, das Land und die eigene Zukunft aufzubauen.

Die Gründe für ein Ausbleiben des Erfolges islamischer und islamistischer Parteien so wie in den Nachbarländern Tunesien und Ägypten sind vielfach differenziert, es lassen sich jedoch klar einige Hauptmotive herauskristallisieren: An erster Stelle muss er-

wähnt werden, dass der Erfolg der Muslimbrüder und der Salfisten bei den Wahlen in Ägypten nicht nur viele Ägypter selbst überrascht und den Westen erschreckt, sondern auch das libysche Wahlverhalten beeinflusst hat. Eine starke Betonung islamischer Komponenten, u.a. kodifiziert in der Dritten Universal-Theorie (DUT) von Gaddafi war die libysche Bevölkerung seit Jahrzehnten gewohnt. Defizite in diesem Bereich oder gar die Unterdrückung bestimmter Komponenten islamischen Lebens war in den meisten Gruppen fremd. Es bestand also keine verbreitete Sehnsucht nach Islamismus (DITTMANN 2012). Nachdem man in Libyen sehr genau die Wahlergebnisse in Tunesien und Ägypten verfolgt hatte, waren zudem viele Wähler davon überzeugt, die frühere Diktatur nicht durch Bevormundungen religiöser Gruppen zu ersetzen. Die Wahlergebnisse zugunsten liberaler Kräfte beeinflusste aber auch die noch überdeutliche Erinnerung daran, wer die libysche Revolution von außen nicht nur finanziell und ideologisch militärisch unterstützt hatte. An diese Akteure wollte man sich politisch möglichst annähern, da sie bzw. ihre Systeme am ehesten mit einer Befreiung von den früheren Fesseln und der vergangen Drangsalierungen in Verbindung gebracht wurden. Der deutliche Wahlsieg liberaler Kräfte in Libyen muss also als eine Symbiose aus der Erinnerung an die ausländische Revolutionshilfe und der Abschreckung durch die Wahlergebnisse in den unmittelbaren Nachbarländern gewertet werden. Zusammen mit den oben skizzierten demographischen und ressourcenbedingten Entwicklungsvoraussetzungen können diese politischen Umstände nicht anders als ausgesprochen positive Entwicklungsvoraussetzungen gewertet werden.

11 Der „Weak State“ Mali als Altlast libyscher Destabilisierungspolitik in den Sahelstaaten

Während sich die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven für das nachrevolutionäre Libyen angesichts des Ressourcenreichtums des Landes und einer relativ geringen Gesamtbevölkerung von nur ca. 6,2 Millionen ausgesprochen günstig darstellen, ist noch unklar, ob der rasche Wechsel zu einem demokratieähnlichen Wahlsystem als vollständig gelungen bewertet werden kann. Die bisherigen Hauptherausforderungen haben die Übergangsregierungen entgegen mancher Unkenrufe weitgehend bestanden; der von einigen befürchtete Machtkampf der Stämme blieb aus. Dennoch kann das Land noch nicht als nachhaltig stabilisiert gelten. Insbesondere die Weiten der Zentralsahara im Süden des Landes sowie die weiten Grenzräume zu Algerien im Westen und zur Republik Niger im

Süden und Südwesten sind unsichere Räume ohne übergreifende Kontrolle, die auch ein Licht auf die Sicherheitssituation in den schwachen Sahelstaaten werfen. Die Konzentration auf die politischen Ereignisse in den Bevölkerungszentren entlang der Mittelmeerküste und die Vernachlässigung regionaler Disparitäten in vielen Sahara-Sahel-Staaten haben hier vielfach unkontrollierbare bzw. unkontrollierte Gebiete entstehen lassen. Als politische Altlast besonderer Brisanz wirkt die Sahara- und Tuareg-Politik des alten Gaddafi-Regimes bis heute nach und stellt schwache Staaten vor Aufgaben, die sie allein nicht mehr zu lösen im Stande sind. Die libysche Afrika-Politik kann als eine unmittelbare und wesentliche Voraussetzung für die Entstehung des Mali-Konfliktes angesehen werden. Von mindestens ebenso großer Verantwortung sind die ihre Nordgebiete vernachlässigende Zentralregierung in Bamako und eine jahrzehntelange weitgehend wirklichkeitsfremde Entwicklungspolitik europäischer Akteure.

12 Die Tuareg-Politik Gaddafis

Die Tuareg in Libyen erlebten während der mehr als vier Jahrzehnte dauernden Gaddafi-Herrschaft einen mehrfachen Wechsel unterschiedlicher politischer Leitbilder, innerhalb derer das Spektrum der ihnen zugeordneten Rollen von der ignorierten ethnischen Minderheiten bis hin zu der bevorzugten, international operierenden Botschafter reichte.

In den frühen Jahren der Gaddafi-Ära sahen sich die Tuareg in Libyen im Wesentlichen den gleichen Politikrichtlinien ausgesetzt wie auch alle anderen nicht-arabischen Bevölkerungsgruppen des Landes. Die Kulturen der Tuareg im Westen und Südwesten Libyens, der Tubu im Süden und verschiedener Berbergruppen im Bergland des Tripolitaniens nach Süden abgrenzenden Gebel Nefusa entsprachen nicht dem gesellschaftspolitischen Leitbild, wonach Libyen ein in erster Linie durch arabische Sprache, Geschichte und Kultur geprägtes Land sein sollte. Berberische Bevölkerungselemente und weitgehend sogar auch die vielen unterschiedlichen Gruppen arabisierten Berber wurden im Sinne der offiziellen Selbstdefinition als eher fremde, als nicht passende, im besten Fall noch als rückständige Gesellschaftsteile angesehen. Die libysche Minderheitenpolitik der 70er und 80er Jahre des 20. Jahrhunderts war zwar weit davon entfernt, mit der restriktiven, ausgesprochen berberfeindlichen Politik etwa in Algerien oder Marokko verglichen werden zu können, dennoch setzte man darauf, dass sich das als unpassend empfundene Berberische im Lauf der Zeit weiterentwickeln, nivellieren und immer mehr der arabischen Leitkultur anpassen würde. Trotz

teilweise auch gewaltsam ausgetragener politischer Auseinandersetzungen mit lokalen Berbergruppen im Gebel Nefusa überwog allgemein im Umgang mit ethnischen Minderheiten das Konzept der kulturellen Ignoranz. Unterstützung fand diese Kulturpolitik aber auch durch alte, teilweise über Jahrhunderte zurückreichende Assimilationsprozesse der berberischen Gruppen selbst. Wenn heute die jahrzehntelange Unterdrückung berberischer Kulturelemente in den Maghreb-Staaten beklagt wird, so wie das Zurückdrängen ihrer Kultur, das Verschwinden der Traditionen und die Auflösungserscheinungen berberischer Dialekte, dann wird dabei häufig vergessen, dass viele Berber selbst aktiv und von sich aus diese Prozesse vorangetrieben und beschleunigt haben. Das Vernachlässigen der eigenen Sprache zugunsten des Arabischen, das Leugnen der eigenen Herkunft und das phantasievolle Erfinden von angeblich auf arabische Wurzeln zurückgehenden Genealogien gehören zu diesen Aspekten der bewussten und unbewussten Selbstassimilation vieler Berbergruppen. Die Sahara-Berber, die Tuareg, wurden in Libyen von diesen Entwicklungen bereits relativ früh erfasst.

Die Tuareg-Politik der frühen Gaddafi-Jahre ist zwar vergleichbar mit bestimmten Aspekten der allgemeinen Berberpolitik Libyens, wegen ihrer strategischen Brisanz jedoch noch um einige Aspekte erweitert. Der Problematik der Grenzkontrolle im weiten Sahara-Raum, insbesondere entlang der Grenze zu Algerien und in gewisser Weise auch in Bezug auf die libysche Grenze zur Republik Niger, kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Wie in den meisten anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens waren auch in Libyen nomadische Bevölkerungsgruppen in Grenzräumen grundsätzlich als unsicher, verdächtig und im Selbstverständnis der Zentralregierung dem Aufbau eines modernen Staates im Wege stehend eingeordnet worden. Über die vielfältigen Mechanismen der verbreiteten Prozesse der Sesshaftwerdung und Sesshaftmachung haben insbesondere FUCHS (1979) und SCHOLZ (1995) richtungweisende Werke vorgelegt.

13 Geschichtsklitterung als Expansionsinstrument: Die Konstruktion der *Ur-Tuareg*

Nachdem Gaddafis mannigfaltige Versuche, seine panarabischen Ideen in konkrete Staatenbündnisse umzusetzen, samt und sonders gescheitert waren, setzt ab Ende der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts, verstärkt aber ab Mitte der 90er Jahre eine radikale Kehrtwende libyscher Selbstidentifikation und damit auch außenpolitischer Neuorientierungen ein. Libyen versteht sich spätestens seit Ende der 90er Jahre

zunehmend nicht mehr (nur) als ein arabisches Land arabischer Kulturtradition, sondern immer mehr auch als ein afrikanisches Land mit autochthonen afrikanischen Wurzeln (DITTMANN 2010, 2012). Die Stellungnahmen Gaddafis beim Gipfeltreffen der Afrikanischen Union in Lomé im Jahr 2000 markieren einen Höhepunkt der veröffentlichten Ansichten zu diesem Thema der neuen Selbstfindung und Eigenidentifikation Libyens. Diese muss man freilich in erster Linie als eine zur Doktrin gewordene neue Idee Gaddafis interpretieren und weniger als den Ausdruck eines gewandelten Selbstverständnisses der libyschen Mehrheitsbevölkerung.

Der Weg der politischen und kulturellen Neuorientierung der Außenpolitik Gaddafis und die Entwicklung eines neuen libyschen kulturellen Afrikanismus führen nicht nur konzeptionell, sondern auch ganz konkret räumlich durch die Sahara nach Süden (Abbildung 1). Dabei boten sich natürlich in erster Linie Sahara-Bewohner als Objekte ideologi-

scher Instrumentalisierung an, vorzugsweise solche mit transnationalen Netzwerken. Besonders attraktiv für diese Politik erschienen Gaddafi daher die Tuareg. Ließen sich doch durch sie pro-libysche Ideen und Kooperationen transportieren und etwa auch jenseits des Wissens und der Einwilligung der jeweiligen Zentralregierungen in westlichen und südlichen Nachbarstaaten Libyens implementieren. Vor diesem Hintergrund gewannen die algerischen sowie die malischen und nigrischen Tuareg für Gaddafis Ideen-Expansionspolitik ungemein an Attraktivität. Es bedurfte nur noch einer ideologischen Untermauerung der transnationalen Unterstützung der Tuareg der Sahara, um diese ggf. als Auslands-Libyer oder zumindest als Nachfahren ehemaliger „Libyer“ umetikettieren zu können.

Eigentlich lebt nur ein kleiner Teil der Sahara-Tuareg in Libyen (Abbildung 1). Ihre Siedlungsbereiche konzentrieren sich hier auf das libysch-algerische Grenzgebiet, den westlichen Fezzan zwischen Gha-

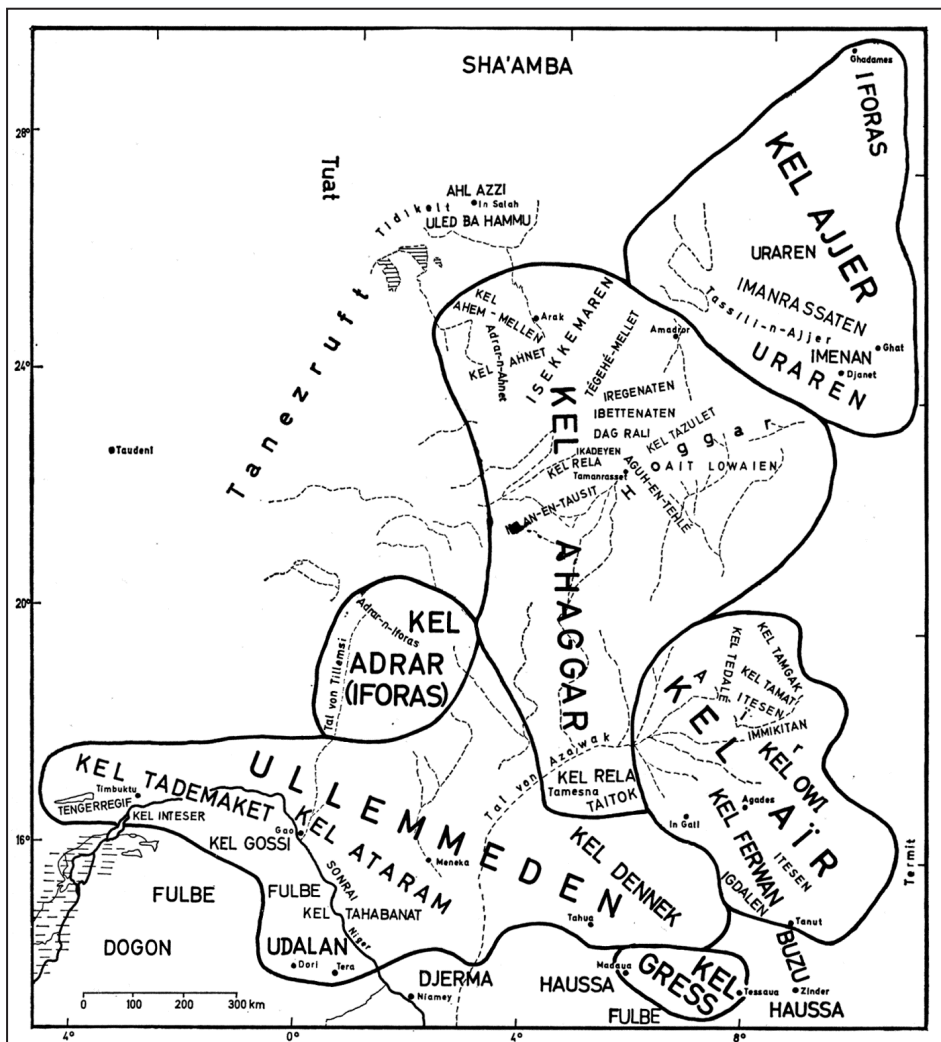


Abb. 1:
Traditionelle Siedlungsgebiete der Tuareg und die Zielregionen libyscher Sahara-Politik

dames im Norden und Ubari im Süden sowie die dünn besiedelten Oasenbereiche um Ghat im äußersten Südwesten des Landes (Abbildung 1). Dennoch wurden nicht nur die auf libyschem Staatsgebiet lebenden, sondern gleich sämtliche Tuareg von der allumfassenden Vereinnahmungspolitik Gaddafis betroffen. Die notwendige ideologische Basis war schnell gefunden, wobei man insbesondere auf Ergebnisse der älteren Geschichtsschreibung bzw. der Archäologie sowie der Vor- und Frühgeschichte zurückgriff: Das traditionelle Siedlungsgebiet der Tuareg gehört, neben dem pharaonischen Ägypten, zu den wenigen afrikanischen Kulturkreisen, in denen eine eigene Schrift entwickelt wurde. Es handelt sich dabei um das Tifinar (oder Tifinagh), eine Konsonantenschrift, deren Anfänge bis ins dritte vorchristliche Jahrhundert, möglicherweise sogar noch früher, zurückreichen. Obwohl die Tifinar-Schrift der Tuareg über zahlreiche Felsbildinschriften in Algerien, Libyen, Niger und Mali belegt ist, sind die frühen Zeugnisse aus Libyen besonders spektakulär. Zuerst und am ausführlichsten erforscht wurde die Tuareg-Schrift bei den Sahara-Tuareg in Algerien sowie im libyschen Fezzan. Im Zuge der frühen Forschungen zur Tifinar-Schrift wurde diese von manchen Autoren u.a. auch als *Altlibysche Schrift* oder *Garamanten-Schrift* bezeichnet. Genau hier setzte Gaddafis Geschichtsklitterungspolitik an: Ausgehend von der Bezeichnung „altlibysch“ wurde konstruiert, dass die Ethnie, deren Vorfahren einmal die altlibysche Schrift entwickelt hatten und deren Nachkommen heute noch Tifinar schreiben, also die Tuareg, demzufolge auch Nachkommen von „Altlibyern“ seien, also eigentlich auch Libyer und sich daraus – in charakteristischer Gaddafi-Manier – dann auch schließen lasse, dass überall dort, wo heute Tuareg siedeln, sich eigentlich auch Libyen im weitesten Sinne bzw. zumindest aber libysche Interessengebiete befänden.

So weit hergeholt und phantasievoll überreizt dieses Konstrukt außen stehenden Beobachtern auch erscheinen mag, so erschreckend und nachhaltig verärgern wirkte es doch in den libyschen Nachbarstaaten (insbesondere für die Zentralregierungen in Algier und Bamako) und so willkommen waren andererseits die daraus folgenden Vergünstigungen und Alimentierungen von Tuareg-Gruppen in Sahara und Sahel. Finanzielle Unterstützung und eine großzügige Ausstattung mit Waffen libyscher Provenienz waren die unmittelbare Folge, während die gleichzeitig ebenfalls angebotenen libyschen Pässe für Tuareg, die gar nicht in Libyen lebten, wahrscheinlich von vergleichsweise geringerer Attraktivität und Nachfrage waren. Die besonders intensive und über Jahre aufrechterhaltene Unterstützung Gaddafis insbesondere für die malischen Tuareg (Kel Adrar und Ullemmeden-Gruppen) hat hier ihren Anfang.

Sie muss daher als einer der wesentlichen Gründe für den Beginn der Sezessionsbestrebungen des Gebietes von Nord-Mali und dem sich daraus entwickelnden internationalisierten Mali-Konflikt angesehen werden.

Zugleich erschwerend und verwirrend kommt zur Geschichtsklitterungs-Strategie Gaddafis hinzu, dass es sowohl archäologische Befunde als auch lokale Traditionen einiger Tuareg-Gruppen gibt, welche die These unterstützen, dass zumindest Teile der frühen Tuareg, der sog. *Ur-Tuareg*, tatsächlich ursprünglich aus Gebieten stammten, die heute zu Libyen gehören: Zum einen scheint eine der möglichen Bedeutungen des Namens Tuareg (Sing.: Targi) auf frühere Bezeichnungen für die Bewohner des Fezzans in West-Libyen, Targa, zurückzugehen. Zum anderen geben die Genealogien einiger Sahara-Tuareg-Gruppen bis heute an, ihre Vorfahren seien einst aus dem Fezzan ausgewandert – und dies wohlgerne bereits in einer Zeit, lange bevor Gaddafis Genealogie-Instrumentalisierungskampagne „erfunden“ worden war. Auch die These, dass die Tuareg oder zumindest nennenswerte Teile der neuzeitlichen Tuareg, Nachfahren der zur römischen Zeit im Fezzan und vor allem im südlich daran anschließenden Wadi Adjal ansässigen Garamanten mit dem Hauptsitz in Garama (heute Germa) in der Zentralsahara zwischen Ubari und Sebha seien, unterstützt als wissenschaftlich gut untermauerbarer, seriöser Geschichtsbefund ungewollt die Tuareg-Vereinnahmungspolitik Gaddafis.

Neben solchen quasi-romantischen Motiven und geschichtsklitternder „*Libysierung*“ aller Tuareg gab es jedoch auch noch eine ganze Reihe weiterer, politisch pragmatischer Gründe für die Unterstützung von Sahara-Tuareg mit libyschem Geld und libyschen Waffen, die sich wie folgt zusammen fassen lassen:

- Destabilisierung des umstrittenen Status Quo an der algerisch-libyschen Grenze insbesondere im ressourcenreichen Gebiet um In Amenas,
- Revolutionsexport nach Mali durch Unterstützung der dortigen Tuareg-Rebellionen,
- Einflussgewinn insbesondere im Norden der schwachen Republik Niger.

Gaddafi nutzte dabei geschickt Nord-Süd-Gegensatzkonstellationen, welche die Sahel-Staaten bis heute maßgeblich und geradezu idealtypisch kennzeichnen. Insbesondere in Mali, strukturell vorgegeben aber auch in Niger, klafft ein großer Entwicklungsunterschied zwischen einem vernachlässigten Norden, dem Sahara- und Sahel-Siedlungsraum der Tuareg, und einem bevorzugten, relativ besser ausgestatteten Süden mit nicht-berberischen Bevölkerungselementen. Tuareg nehmen nicht nur in den Sahara-Staaten, sondern auch in allen Sahel-Ländern die Position unterprivilegierter Minderheiten ein.

14 Tuareg-Gruppen in Mali

Aktuelle Meldungen über die Sezessionsbestrebungen in Nord-Mali und die Ausrufung des Staates Azawad sprechen meist verallgemeinernd von *den* Tuareg in Mali, ohne dabei zu differenzieren. Um sowohl die Geschichte der Tuareg-Rebellionen in Mali als auch die aktuellen Entwicklungen richtig einschätzen und bewerten zu können, bedarf es aber gerade einer solchen differenzierenden Betrachtungsweise. Denn die verschiedenen Tuareg-Gruppen Malis sind hinsichtlich ihrer Lebens- und Wirtschaftsweise sowie nach ihrer ethno-linguistischen Zugehörigkeit und ihrer religiösen Ausrichtung einzuordnen.

Der überwiegende Teil der Tuareg Malis lebt heute nicht mehr als Nomaden, sondern ist längst sesshaft geworden, betreibt Viehzucht nebenbei oder über Lohnhirten und bewohnt längst bodenstete Behausungen. Dies gilt vor allem für die Gruppen, die entlang des Niger-Knies siedeln. Dürren und eine konsequente malische Entnomadisierungspolitik können als die wesentlichen Motoren dieser Entwicklung angesehen werden (KRINGS 2006; HAMMER 2009). Traditionell werden die Tuareg in Sahara-Tuareg und Sahel-Tuareg unterteilt. Zu den Sahara-Tuareg gehören im Norden die Kel Ajjer in West-Libyen und Ost-Algerien. Ihre Siedlungsgebiete reichen von der libyschen Oasenstadt Ghadames bis zum Gebirge

Tassili-n-Ajjer in Algerien. Ihnen schließen sich südlich die ebenfalls zu den Sahara-Tuareg gehörenden Kel Ahaggar an, deren Kernraum – abgesehen von einigen Weidegebieten in Nord-Niger – vor allem das Hoggar-Gebirge in Südalgerien und dessen Umländer bilden. Die relativ kleine Gruppe der Kel Adrar (oder Iforas) gehört ebenfalls zu den Sahara-Tuareg. Sie bewohnen den nördlichsten Teil Malis und das Gebirge Adrar-n-Iforas in Grenzgebiet zwischen Algerien und Nord-Mali. Im semilegalen und illegalen Grenzhandel, im insbesondere Zigarettschmuggel und in der Betätigung als Schleuser und Mittler von Migranten, aus dem subsaharischen Raum fanden Kel Adrar (und andere) in den letzten Jahren lohnende Beschäftigungsfelder in einem weder von algerischen noch von malischen Sicherheitskräften kontrollierten Sahara-Raum. Einige Ifora-Anführer gehörten zu den wesentlichen Motoren der Ausrufung des unabhängigen Tuareg-Staates „Azawad“. Die weitaus überwiegende Mehrheit der ca. 2,5 bis 2,8 Millionen Tuareg gehört den Gruppen der sogenannten Sahel-Tuareg an. Ihre wichtigsten Vertreter sind die Ullemmeden im Bereich des Niger-Knies und nördlich davon in Mali sowie die Kel Air im Air-Gebirge Nord-Nigers und die südlich davon siedelnden Kel Gress (siehe Abbildungen 1 u. 2).

Die meisten Tuareg Malis gehören zur Großgruppe der in mehrere Stämme untergliederten Ullemmeden (GÖTTLER 1989, Ullimidden). Zu ihnen zählen im

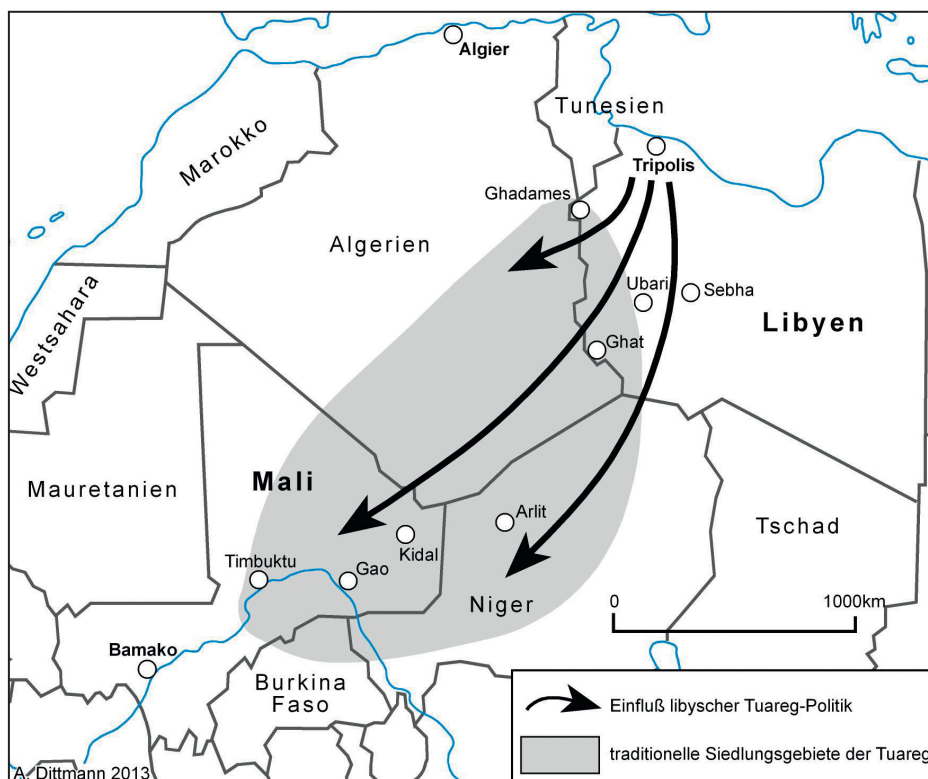


Abb. 2:
Ethnische Gruppen
der Sahara- und
Sahel-Tuareg
(verändert nach FUCHS 1979)

Westen im Gebiet in und um Timbuktu die Kel Tademaket, die Tengerregif und die Kel Intesser sowie im Bereich von Gao die Kel Ataram, die Kel Gossi, die Kel Tahabanat beiderseits des Niger. Südlich davon siedeln bis Gori die Ataram. Östlich reichen die Gebiete der Ullemmeden bis über das Trockenflusssystem des Azawad hinaus bis in die Republik Niger, wo die Kel Dennek zwischen den Orten Tahua und In Gall ihre östlichsten Vertreter sind. Der überwiegende Teil der Tuareg in Mali gehört allerdings zu den Kel Air (im gleichnamigen Bergland) und zu den südlich davon lebenden Kel Gress (auch Kel Geres, GÖTTLER 1989). Für alle Sahel-Tuareg, insbesondere aber für die malischen Ullemmeden gilt, dass ihre Siedlungsbereiche nicht als geschlossene, ethnisch homogene Bereiche zu interpretieren sind, sondern als vielfach überlagernd und verzahnend mit den Siedlungsgebieten anderer Gruppen, insbesondere der Haussa in Niger oder der Songhai und Fulbe in Mali, strukturierte multi-ethnische Gebiete.

Insgesamt kann man etwa von 1,2 Millionen Tuareg in Sahara und Sahel ausgehen, wovon der überwiegende Teil in der Republik Niger lebt (ca. 550 000), wo sie ca. 10% der Gesamtbevölkerung ausmachen. In Mali bilden die ca. 350 000 Tuareg nur 5% der Gesamtbevölkerung. Geschätzte 40 000 bis 45 000 Sahara-Tuareg verteilen sich auf Algerien und Mali; in den letzten Jahren wanderten als Folge von Dürren und bewaffneten Auseinandersetzungen auch immer mehr Tuareg nach Burkina Faso ab (Abbildung 1).

Fast noch stärker als eine Differenzierung nach Lebens- und Wirtschaftsweise oder ethno-linguistischer Zugehörigkeit beeinflussen heute religiöse Zuordnungen bzw. Selbstzuschreibungen die Positionen im malischen Bürgerkrieg und die Identifikation mit dem potentiell neuen Staat Azawad. Ob man sich radikalen islamistischen Gruppen angeschlossen hat, mit ihnen sympathisiert oder kooperiert, entscheidet in erster Linie darüber, ob man aus Azawad flieht oder bleibt. Die Frage der religiösen Politisierung ist Ethnien übergreifend strukturiert und Fluchtbewegungen betreffen aktuell Tuareg-Gruppen ebenso wie Nicht-Tuareg.

15 Die Instrumentalisierung aufständischer Tuareg als islamistische Terroristen

Anfang des Jahres 2013 waren die Tuareg in Nord-Mali schon längst nicht mehr Herren im eigenen Land. Im Eifer, dem Unabhängigkeitsgedanken um Azawad eine möglichst hohe Durchsetzungskraft zu verleihen, hatte man zunächst auch auf die Un-

terstützung islamistischer Gruppen gesetzt und war dabei Koalitionen sowohl mit Gruppen aus Mali als auch mit solchen aus dem benachbarten Ausland eingegangen. Nach anfänglichen Kooperationen und Koalitionen zeichnete sich spätestens seit Anfang 2012 eine zunehmende Konkurrenz zwischen Tuareg-Gruppen und ausländischen islamistischen Akteuren in Azawad ab. Zum traditionellen Gegensatz zwischen eher weltlich realpolitisch orientierten Tuareg und solchen, die vor allem vor dem Hintergrund eines religiösen Sendungsbewusstseins handelten, kam nun noch die immer größer werdende Kluft zwischen Akteuren aus Nord-Mali (überwiegend Tuareg der Kel Adrar, aber auch Ullemmeden) und ausländischen Kämpfern hinzu. In dieser Konkurrenzkonstellation verloren die Tuareg immer mehr Einfluss im eigenen Land. Allmählich wich die ursprüngliche Idee von einem unabhängigen Staat Azad der Ideologie eines regionsübergreifenden Dschihad. Letzterer erlangte allmählich insbesondere unter den ausländischen Akteuren in Mali erste Priorität.

Welche Ausmaße die Konkurrenzen zwischen islamistischen Tuareg-Verbänden und den Gruppen ausländischer Dschihadisten in Mali innerhalb des Gebietes von Azawad bereits vor der französischen Militärintervention angenommen hatten, lässt sich im Nachhinein nur noch schwer rekonstruieren. Dabei wäre es besonders interessant, der Frage nachzugehen, ob sich in diesem Konflikt die islamistischen Tuareg-Gruppen eher von einer einenden religiösen Idee leiten ließen oder mehr vom Geist der völkischen Zugehörigkeit zu den anderen Tuareg-Gruppen Nord-Malis. Mit einiger Berechtigung lässt sich jedoch konstatieren, dass die religiös nicht radikalisierten Tuareg-Gruppen – besonders die Ullemmeden im Süden Azawads – und Angehörige anderer, den Tuareg benachbarter Ethnien zu den Verlierern dieser Entwicklung gehörten. Aus ihren Reihen rekrutierte sich schließlich der weitaus überwiegende Teil der auf ca. 280 000 bis 360 000 Menschen geschätzten Flüchtlinge (davon ca. 110 000 Binnen- und ca. 250 000 Außenflüchtlinge), welche sich vor den Kämpfen zwischen unterschiedlichen Kombattanten nach Süd-Mali, Niger und Burkina Faso in Sicherheit zu bringen versucht hatten.

Insgesamt können vier islamistische Gruppen in Nord-Mali unterschieden werden (DITTMANN 2013):

- Nationale Bewegung für die Befreiung von Azawad (MNLA),
- Ansar Dine (Verteidiger des Islam), Islamistische Tuareg aus Nord-Mali mit Hauptsitz in der Provinzstadt Kidal,
- Westafrikanischer Dschihad (MUJAO), vorwiegend mauretanische Islamisten,
- Kämpfer von Al Qaida Maghreb Islamique (AQMI).

Unter diesen gehören sicher die Al-Qaida-Kämpfer für einen islamischen Maghreb zu den gefährlichsten Akteuren, zugleich sowohl im Hinblick auf eine angestrebte Machtübernahme in Nord-Mali als auch hinsichtlich einer Kontrollverlagerung weg von Tuareg-Rebellen hin zu ausländischen Islamisten. Den anderen Akteuren, sowohl den mauretanischen Aktivisten als den überregional operierenden Kämpfern des Westafrikanischen Dschihad, kommt demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle zu. Auch aus westlicher Perspektive werden die AQMI-Kämpfer zu Recht als besonders relevant eingeschätzt. Faktoren, die ihre militärische Schlagkraft bzw. – je nach Sprachregelung – ihre terroristische Gefährlichkeit entscheidend definieren, sind:

- überregionale und internationale Vernetzung,
- transterritorialer Aktionsrahmen in der Zentral-Sahara,
- weitgehende finanzielle und logistische Unabhängigkeit im Rückgriff auf Schmugglernetzwerke,
- finanzielle ausländische Unterstützung aus dem Bereich der Golf-Staaten,
- Kampferfahrung – vor allem in der Auseinandersetzung mit algerischen Sicherheitskräften,
- moderne Ausstattung an Kleinwaffen,
- Rückzugsbasis-Räume in der Zentral-Sahara – vor allem in Algerien und Mauretanien,
- ausgeprägtes Sendungsbewusstsein für einen Religionskrieg (Dschihadismus).

Besonders die Möglichkeit, nach militärischen resp. terroristischen Aktionen vor dem Hintergrund hoher Mobilitätslogistik, ausgestattet mit entsprechenden Fahrzeugen und Fernmeldeeinrichtungen sowie traditioneller Orts- und Geländekenntnis, die Weiten der Sahara als Rückzugsräume nutzen zu können, liefern den AQMI-Kämpfern erhebliche Vorteile. Diese bleiben auch nach der zunächst als erfolgreich abgeschlossen erscheinenden französischen Militärintervention weiterhin bestehen. Über viele der o.g. logistischen Vorteile verfügen zwar die verschiedenen Tuareg-Gruppen – nicht nur in Nord-Mali – auch, jedoch fehlt ihnen im Gegensatz zu den AQMI-Kämpfern die aktuelle Auslandsunterstützung und eine akute Kampferfahrung in der Auseinandersetzung mit algerischen und/oder marokkanischen Sicherheitskräften. Schließlich sind die Tuareg-Kämpfer im Azawad-Gebiet wahrscheinlich bereits rein zahlenmäßig den ausländischen Islamisten in ihrem Gebiet weit unterlegen. Vor allem aber schwächt die Tuareg-Position die Uneinigkeit unter den verschiedenen Gruppen.

16 Azawad – ein neuer Staat im Sahel

Meldungen, die angeben, ausschlaggebend für die Ausrufung des potentiell neuen afrikanischen Staates Azawad auf dem Gebiet Nord-Malis sei als Hauptmotiv der Wunsch nach Gründung eines islamistischen Gottesstaates gewesen, können klar als unwissenschaftlich eingestuft werden. Einen solchen Schluss zu ziehen, kann man getrost Medienscharlatanen von Schlage eines Peter Scholl-Latour überlassen (JOHNSON 2011; SCHOLL-LATOUR 2012). Vielmehr stand der Wunsch der Tuareg in Mali – insbesondere der Kel Adrar und Ullemmeden in Nord-Mali – dahinter, in einem autonomen Gebiet selbstbestimmt und eigenverantwortlich Wege aus der Dauerkrise entwickeln zu wollen.

Die Krise in Mali allgemein und in Nord-Mali im Besonderen ist weder neu noch sind die strukturellen Probleme auf Mali beschränkt. Die zu den ärmsten Staaten der Erde zählenden Länder Mali, Niger, Burkina Faso, Tschad, Mauretanien, Sudan und Südsudan kennzeichnen Ressourcenmangel, Dürreanfälligkeit, Desertifikation und starkes Bevölkerungswachstum. Bei den Sahel-Staaten Niger, Mali und Tschad kommt noch ein ausgesprochen starkes Süd-Nord-Entwicklungsgefälle hinzu, das bereits kolonial unterprivilegierte Nordgebiete räumlich und politisch fern von den Bevölkerungs- und Machtzentren in den Hauptstädten im Süden sieht. Der traditionelle Unterschied zwischen ursprünglichen Nomadenvölkern (Tuareg und Fulbe) und ansässigen Feldbauer-Ethnien (Hausa, Bambara, Songrai etc.) verstärkt diese regionalen Disparitäten. Verschärfend kommt hinzu, dass die bereits kolonial vorgegebenen Benachteiligungen der Nord-Gebiete, also der nomadischen Siedlungsräume, auch nach der Unabhängigkeit der Sahel-Staaten fortgesetzt und von den neuen Regierungen im Süden der jeweiligen Länder sogar noch ausgebaut wurden. Entwicklungszusammenarbeit, die hier hätte ausgleichen und aufbauen helfen können, hat es gerade in den Sahel-Staaten vielfach versäumt, eine Einbeziehung der Nord-Gebiete in Entwicklungsmaßnahmen zu fordern. An den Missständen in Mali und in der Republik Niger ist insbesondere auch deutsche staatliche Entwicklungszusammenarbeit, die sich viel zu lange mit den Vertretern der Mehrheitsbevölkerung im Süden arrangierte anstatt auch die Nordgebiete, d.h. die Sahara-Räume mit einzubeziehen, ursächlich beteiligt.

Die regionalen Disparitäten führten immer wieder zum Unmut der Bevölkerungsteile der Sahara-Gebiete. Das unabhängige Mali hat seit Anfang der sechziger Jahre bislang insgesamt vier Tuareg-Aufstände erlebt, bei denen es immer wieder darum ging, dass sich der

Norden von Entwicklungsmaßnahmen ausgeschlossen fühlte, die weitgehend im Süden des Landes konzentriert wurden. Die Tuareg in Nord-Mali wurden bei ihrem Aufbegehren spätestens seit den Revolten in den frühen 90er Jahren des 20. Jahrhunderts massiv von Libyen unterstützt. Gaddafi lieferte Geld, Waffen und andere logistische Hilfe, um den Aufstand der Tuareg voranzutreiben. Dabei ging es nicht um einen Religionskrieg, der in einem zu 98% islamischen Mali auch wenig Sinn gemacht hätte, sondern ganz allgemein um die Erweiterung bzw. Vergrößerung libyscher Einflussbereiche in der Sahara. Im Zuge seiner später in Szene gesetzten verschiedenen Bestrebungen, sich als Verbündeter des Westens zu profilieren und sich zu „entschurken“ (DITTMANN 2012), setzte sich Gaddafi dann – erfolgreich – ab Mitte der 90er Jahre in

Nord-Mali wieder dafür ein, dass der Tuareg-Krieg beendet, Waffen abgegeben und vernichtet sowie Friedensabkommen unterzeichnet wurden.

Hatten die Tuareg in den Nordgebieten mit Gaddafis Unterstützung gewisse Defizite ihrer Grundversorgung im schwachen Mali noch kompensieren können, so kollabierte die Versorgungssituation nach dem Sturz des Gaddafi-Regimes im Sommer 2011. Die Ausrufung des unabhängigen Staatsgebietes Azawad war also ursächlich eine direkte Folge der früheren libyschen Afrikapolitik bzw. des Ausbleibens libyscher Unterstützung seit der Revolution (ERHARDT 2013).

Die Tuareg benannten das riesige, aber nur dünnbesiedelte Gebiet Nord-Malis weise nicht nach einer politischen Bewegung oder ethnischen Gruppe, sondern vorausschauend nach einem neutralen Toponym, nach der Bezeichnung für ein weitverzweigtes Trockenfluss-System, das weite Teile von Nord-Mali (sowie Teile der westlichen Republik Niger) einnimmt und auf den Niger-Fluss als Vorfluter eingestellt ist. Der kleine Oasen-Ort Kidal im Norden dieses Gebietes war als Rückzugsbasis und strategischer Ort für die Tuareg wichtig, das Potential zu überregional wichtigen Zentren lag aber immer nur bei Gao und Timbuktu am Niger, wo Tuareg allerdings nicht die alleinigen Bewohner bilden, sondern mit vielen anderen Ethnien gemeinsam leben.

17 Vom Weak State zum Terror State: Der Weg nach „Afrikanistan“

Die Vorstellung von der Gefahr, dass der im Norden Malis neu ausgerufene Staat Azawad zu einer Art von neuem Afghanistan auf afrikanischen Boden, also zu einem Staatsgebilde werden könnte, das Terroristen eine Basis bietet, war rasch geboren und wurde als These gern aufgegriffen, als sich die islamistischen Kämpfer aus Nord-Mali Mitte Januar 2013 anschickten, auch noch den Rest Malis bis einschließlich der Hauptstadt Bamako unter ihre Kontrolle zu bringen. Szenarien, die von einem „Afrikanistan“ (New Economist 1/2013a) sprachen, machten schnell die Runde. Den französischen Interventionswilligen kam diese Debatte nicht ungelegen, konnte man vor ihrem Hintergrund doch deutlich mehr internationale willige Koalitionen mobilisieren als mit einem bloßen Appell, der bedrohten malischen Regierung aus der Krise zu helfen.

Tatsächlich lassen sich direkte Vergleiche in der Konstellation des ausgerufenen Staates Azawad mit Vorgängerereignissen etwa in Somalia oder in Afghanistan aufstellen. Bestimmte Entwicklungen laufen dabei nach gleichen Mustern ab bzw. derart idealtypisch und teilweise sich wiederholend, dass sich

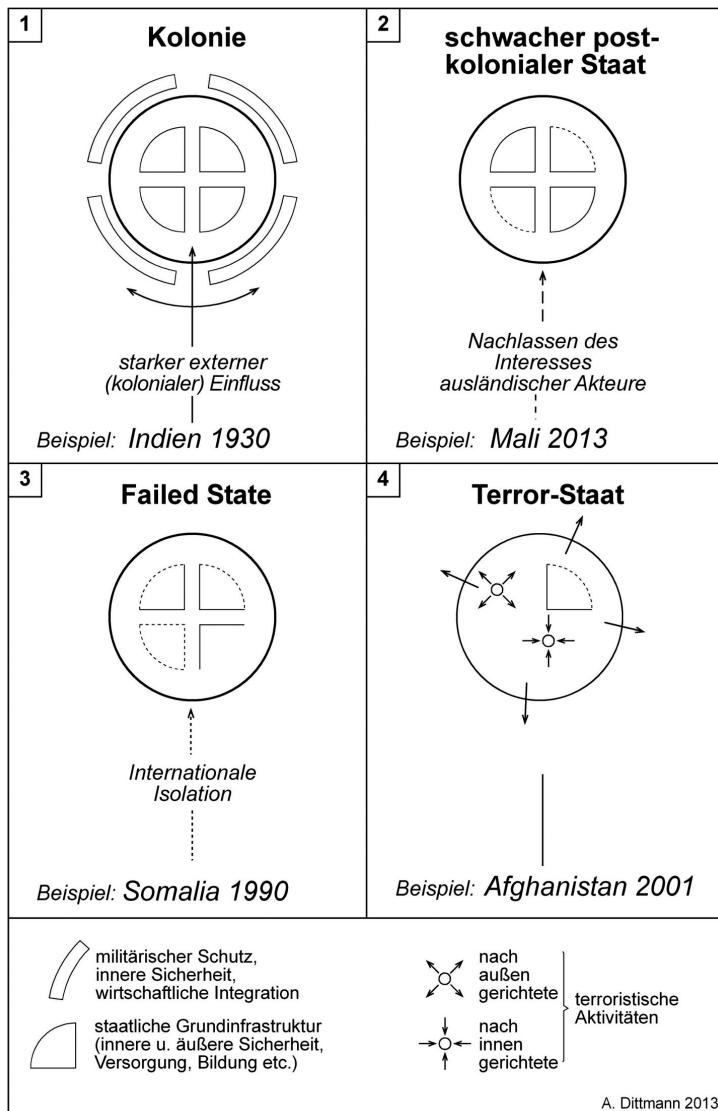


Abb. 3: Mali und das Entwicklungsmodell vom „Weak State“ über den „Failed State“ zum „Terror State“

daraus Regelmäßigkeiten ableiten und zu einem ersten Modell zusammenfassen lassen (Abbildung 3). Dabei wird davon ausgegangen, dass die Entwicklungen, die von einem Schwachen Staat („weak state“) über einen Zerfallenen Staat („failed state“) zu einem Terror-Staat („terror state“) führen können, jeweils stark vom Vorhandensein und der Intensität externer Einflüsse abhängen und gesteuert werden. Ehemalige Kolonien sind für diese Entwicklungsmechanismen besonders anfällig. Denn in einer kolonialen Phase ihrer vor-staatlichen Entwicklung wurden viele Staatsaufgaben von außen, von externen Akteuren, in der Regel von der Kolonialmacht, nicht nur beeinflusst, sondern in weiten Teilen auch gewährleistet. Dass etwa die Kräfte der inneren Sicherheit und die der Verteidigung dabei von der Kolonialmacht gesteuert oder sogar wesentlich bereitgestellt wurden, kann als Normalfall angesehen werden. Wie stark oder schwach der aus der Kolonie in die Unabhängigkeit geführte Staat in einer post-kolonialen Phase wird, bestimmen in erster Linie seine wirtschaftlichen Potenzen. Dazu gehören weniger Ressourcenreichtum als vielmehr das auch post-kolonial starke Interesse der ehemaligen Kolonialmacht (oder auch anderer ggf. konkurrierender Kräfte). Erlischt dieses externe Interesse rasch (Phase 3), etwa nach dem Wegfall von Konkurrenzen in den Außenbeziehungen (z.B. Afghanistan nach Ende des Kalten Krieges), ist der junge, in eine neue Interessenlosigkeit abgeglittene Staat ggf. nicht in der Lage, die Gewährleistung seiner eigenen und eigentlichen Staatsaufgaben zu gewährleisten. Es entstehen Lücken in den zentralen Bereichen Äußere und Innere Sicherheit, territoriale Souveränität, Gesundheitswesen, Versorgung der Bevölkerung, Bildung und auf anderen Gebieten. Der Schwache Staat geht in dieser Phase in einen Zerfallenen Staat („failed state“) über, der besonders anfällig sein kann für äußere Einflüsse oder auch innere Radikalisierungen. Die Herausbildung von Warlord-Systemen kann ein Indikator dafür sein, dass sich aus dem Failed State ein Terror-Staat entwickeln kann (Phase 4). Dieser Terror-Staat kann wie der klassische Schurken-Staat seine aggressiven Aktivitäten nach außen wirken lassen, dies muss aber nicht in jeden Fall eintreten (z.B. Somalia), während eine innere Radikalisierung bestimmter Strukturen (in islamischen Ländern u.U. eine militante Islamisierung) häufiger eintritt (z.B. in Afghanistan und befürchtet auch in Nord-Mali bzw. Azawad). Es muss dabei allerdings mit aller Deutlichkeit betont werden, dass nicht zwangsläufig aus jedem post-kolonialen schwachen Staat ein Failed State und dann ein Terror-Staat werden muss, regelhafte idealtypische Mechanismen dieser Entwicklung sind allerdings nachweisbar. Ausschlaggebendes Moment der Initialisierung einer Entwicklung, die von Phase 3 zu Phase 4, also vom Failed State zum Terror

State führen kann, ist dabei immer das Weglassen des Interesses oder besser das massive Nachlassen vorher vorhandener externer Einflüsse. Beispiele dafür sind die Abkehr der ehemaligen Sowjetunion von Afghanistan und das Nichtbesetzen des neu entstandenen Machtvakuum durch andere Kräfte und das Abkehren der USA von ihrer Somalia-Politik nach dem Black-Hawk-Down-Trauma sowie aktuell die Entstehung von Azawad nach dem Nachlassen des Interesses an Mali durch, in erster Linie europäische Akteure.

18 Postkoloniale Wirtschaftsinteressen Frankreichs in der Tuareg-Region

Frankreichs Interessen in Mali sind vielfältig. Dabei sind die öffentlichkeitswirksam und transparent vorgetragenen von den weniger populären und im Verborgenen gehaltenen zu unterscheiden. Das Stichwort „Kampf gegen den Terror“ ist derzeit eines der wichtigsten Argumente für die Durchsetzung bestimmter geopolitischer Interessen einiger Akteure. Als Kämpfer gegen den – wie auch immer definierten Terror – können sich weltweit Interessengruppen gewissermaßen programmatisch sowohl zumindest des Wohlwollens, häufig sogar aber auch der Unterstützung der USA sicher sein. Ebenso kalkulierbar ist die politische und soziale wie mediale Akzeptanz in westlichen Gesellschaften, die sich bedroht fühlen und die spätestens seit 9/11 leicht in jede Koalition einzubinden sind, die tatsächlich oder nur vorgeblich im Kampf gegen den Terror steht.

Ein Einsatz wie der gegen islamistische Gruppen in Nord-Mali, bei dem Frankreich auffallend massiv und hektisch auf ein rasches und effektives militärisches Aktivwerden drängte und von Bündnispartnern logistische und militärische Unterstützung einforderte, darf die Frage nach einer möglichen Differenzierung von öffentlich gemachten, propagierten und anderen Eingreifmotiven zulassen. Einsichtig und leicht zu vermitteln ist der Eingreifgrund, die Entstehung eines islamistischen Terrorstaates in der Sahara verhindern zu müssen: Der Kampf gegen den Terror als Allerwelts-Interventionslegitimation.

Doch spätestens seit Frankreichs Präsident Hollande, nur einen Tag nach Beginn der Verlegung französischer Fallschirmjäger nach Bamako auf der ersten Pressekonferenz betonte, Frankreich habe keine wirtschaftlichen Interessen in Mali (bemerkenswerter Weise ohne dass ein Journalist danach gefragt hätte) erscheint es lohnend, genau dieser Frage nachzugehen. Eine nachträgliche Evaluation der Interessen Frankreichs in der Region vermag relativ schnell zu entschleiern, dass Frankreich streng genommen zwar

keine massiven wirtschaftlichen Interessen auf mali-schem Staatsgebiet verfolgt, wohl aber solche in den an Nord-Mali unmittelbar anschließenden Sahara-Gebieten östlich davon in der Republik Niger. In der Nähe der nigerischen Stadt Arlit wird seit Jahrzehnten ein Großteil des für den Betrieb der französischen Atomkraftwerke benötigten Urans abgebaut. Die französische Atomindustrie ist vom Import von preiswertem Uran aus Arlit existenziell abhängig. Eine Gefährdung des ungehinderten Zugangs zu den Uranvorkommen bei Arlit wäre eine unmittelbare Bedrohung für die französische Energieversorgung – ganz abgesehen von den Gefahren, die Uranbestände darstellen, welche in die Hände terroristischer Aktivisten fallen könnten. Arlit liegt nur wenige Kilometer östlich der Grenze des potentiellen, im Entstehungsprozess gestoppten neuen islamistischen Staates Azawad und ein bloßer Schutz der Anlagen bei Arlit, durch u.a. auch französische Kräfte, wäre zu unsicher und unzureichend gewesen.

Dass Hollande dieses wichtige Detail regionaler Verbindungen weggelassen und sich trotz besseren Wissens auf eine dumpfe territoriale Zuständigkeitsdefinition beschränkt hat, kann ungünstigen Falls als bewusste Irreführung der Journalisten gewertet werden und bei positiver Bewertung als eine besondere Hilfe für Bündnispartner, die es wie Deutschland erfahrungsgemäß schwer haben würden, ihre Parlamente von den Notwendigkeiten einer militärischen Hilfestellung für Frankreich zu überzeugen (siehe z.B. die deutsche Ohne-Uns-Option in der libyschen Revolution), wenn öffentlich bekannt würde, dass deutsches Militär zur Durchsetzung französischer Atomindustrieeinteressen in Afrika eingesetzt werden würde (DITTMANN 2012). Die Bundeswehr instrumentalisiert im Sicherungseinsatz für Uranlieferungen an französische AKWs, wäre sicher ein Thema, das in einem Wahljahr nicht ungelegener kommen könnte. In waffenbrüderlicher Sympathie mag daher Hollande wichtige Details französischer Regionalinteressen weggelassen haben, weiß man in Paris doch um die besonderen Befindlichkeiten beim energiegewendeten und wehrpflichtentledigten Bündnispartner Deutschland.

Ausblick

Bei allem Eifer der Erstellung und anschließenden, genüsslichen Dekonstruktion des Afrikanistan-Modells im Zusammenhang mit der Entlarvung der angeblich nicht existierenden, aber dennoch massiver französischer Wirtschaftsinteressen in der Region Nord-Sahel-Süd-Sahara darf nicht außer Acht gelassen werden, dass das Bild vom Kampf gegen den Terror im Sahel und die Schimäre eines neuen Terrorstaates für einige

Akteure auch ein probates Mittel ist, um von anderen, selbst verschuldeten Missständen abzulenken. Dies gilt insbesondere für die Verantwortlichen eines jahrzehntelangen breitflächigen Versagens staatlicher Entwicklungszusammenarbeit mit den Sahel-Ländern. Auch deutsche Entwicklungszusammenarbeit konzentrierte sich hier allzu lang und allzu gern auf die Ballungszentren von Bevölkerung, Institutionen und Macht im Süden der Sahel-Länder und nahm z.T. wissentlich und – u.a. von Geographen – vorgewarnt die gleichzeitige Vernachlässigung der Nordgebiete in Kauf. Nichts konnte den Verantwortlichen also gelegener kommen als ein angeblich entstehender Terrorstaat, dessen Schreckensvision ja so gut geeignet ist, von eigenen Unzulänglichkeiten abzulenken.

Literatur

- AHMAD, Naji Abbas. 1969: Die ländlichen Lebensformen und Agrarentwicklung in Tripolitanien. Heidelberger Geographische Arbeiten 25. Heidelberg.
- AL-QADDAFI, Muammar. 1990: Das Grüne Buch. Kairo/Berlin.
- BANTLE, Stefan. 1994: Schattenhandel als sozialpolitischer Kompromiss: Die „Libyschen Märkte“ in Tunesien. Münster/Hamburg.
- BECKER, Johannes M. & Gert SOMMER (Hg.). 2012: Der Libyen-Krieg. Das Öl und die „Verantwortung zu schützen.“ In: Schriftenreihe zur Konfliktforschung Bd. 26. Berlin.
- BERGS, Rolf. 1987: Das Libysche Entwicklungsmodell und die wirtschaftliche Krise seit 1981. In: OPERSCHALL, Christian & Charlotte TEUBER (Hg.): Libyen. Wien: 87–113.
- BIANCO, Mirella. 1974: Kadhafi. Der Sohn der Wüste und seine Botschaft. Hamburg.
- BREMER, Ariane. 2009: Zu Besuch beim Schurken. Struktur-analyse des Tourismus in Libyen unter besonderer Berücksichtigung des Wüstentourismus (Diplomarbeit). Bonn.
- BUSSE, Jan & Henning FRANZMEIER. 2011: Die unvollendete Revolution. In: Amnesty Journal 4/5: 44–45.
- CLAM, Jean Joseph & Helmut HUBEL. 1987: Die Krise um Libyen. Arbeitspapiere zur Internationalen Politik 44. Bonn.
- COCKBURN, Andrew. 2000: Libyen – Ende der Isolation. In: National Geographic Deutschland 11: 112–141.
- CREMER, Uli. 2012: Deutschland, Frankreich und der Libyen-krieg. In: BECKER, Johannes M. & Gert SOMMER (Hg.): Der Libyen-Krieg. Das Öl und die „Verantwortung zu schützen.“ Schriftenreihe zur Konfliktforschung Bd. 26: 131–144. Berlin.
- DI VITA, Antonino. 1996: Leptis Magna. In: Antike Welt 3: 173–190.
- DITTMANN, Andreas. 2013: Auf dem Weg nach Afrikanistan. Der Mali-Konflikt als Spätfolge libyscher Destabilisierungspolitik in den Sahara-Staaten. In: Berichte des Forschungsinstituts der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik 23/199: 8–20.

- DITTMANN, Andreas. 2012: Keine Sehnsucht nach Islamismus. In: *Arte-Journal* 6/2012.
- DITTMANN, Andreas. 2011: Libyen im Fadenkreuz – wirtschaftliche und geopolitische Perspektiven. In: *Berichte des Forschungsinstituts der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik* 21/192–193: 113–124.
- DITTMANN, Andreas. 2010: Libyen. In: *Afrika-Lexikon. Geographie, Geschichte, Kultur, Politik und Wirtschaft*. Frankfurt/New York: 254–256.
- DITTMANN, Andreas. 2001: Libyen – Land im Abseits? In: *Geographische Rundschau* 53/6: 12–17.
- EHRHARDT, Christoph. 2013: Die Besitzer des Blutes. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 116, 22.5.2013: 3.
- FUCHS, Peter. 1979: Sahara und Sahel. In: BAUMANN, Hermann. (Hg.): *Die Völker Afrikas und ihre traditionellen Kulturen* Bd. 2: Ost-, West- und Nordafrika. Wiesbaden: 543–572.
- GÖTTLER, Gerhard. 1989: *Die Tuareg. Kulturelle Einheit und regionale Vielfalt eines Hirtenvolkes*. Köln.
- HAMMER, Thomas. 2009: *Sahel. Geographische Strukturen, Entwicklungen, Probleme*. Stuttgart.
- HOFBAUER, Martin & Philipp MÜNCH. 2013: *Mali. Wegweiser zur Geschichte*. Stuttgart.
- JOHNSON, Dominic. 2011: *Afrika vor dem großen Sprung*. Berlin.
- KLEINWÄCHTER, Claudia. 2012: Libyen – Kulturlandschaften in Zeiten des Krieges. In: BECKER, Johannes M. & Gert SOMMER (Hg.): *Der Libyen-Krieg. Das Öl und die „Verantwortung zu schützen.“* Schriftenreihe zur Konfliktforschung Bd. 26: 257–272. Berlin.
- KRINGS, Thomas. 2006: *Sahelländer. Mauretanien, Senegal, Gambia, Mali, Burkina Faso, Niger. Wissenschaftliche Länderkunden*. Darmstadt.
- LEUKEFELD, Karin. 2012: Medien im Krieg. In: BECKER, Johannes M. & Gert SOMMER (Hg.): *Der Libyen-Krieg. Das Öl und die „Verantwortung zu schützen.“* Schriftenreihe zur Konfliktforschung Bd. 26: 173–188. Berlin.
- MATTES, Hanspeter. 1995: Außen-, innenpolitisches und soziales Konfliktpotential eines nordafrikanischen Staates: das Beispiel Libyen. In: *Deutsches Orientinstitut* (Hg.): *Libyen im 20. Jahrhundert: zwischen Fremdherrschaft und Selbstbestimmung*. Hamburg: 181–212.
- RITTER, Hans. 1986: *Sahel – Land der Nomaden*. München: 170–187.
- SCHOLL-LATOUR, Peter. 2012: *Arabiens Stunde der Wahrheit. Aufruhr an der Schwelle Europas*. Berlin.
- SCHOLZ, Fred. 1995: *Nomadismus – Ein Entwicklungsproblem? Theorie und Wandel einer sozio-ökologischen Kulturweise*. Stuttgart.
- The Economist* (Hg.). 2013a: Sand on their Boots. In: *The Economist*, Januar 2013: 13–16.
- The Economist* (Hg.). 2013b: The Danger in the Desert. In: *The Economist*, Januar 2013: 13–14.
- WAGNER, Jürgen. 2012: Der Libyen-Krieg und die Interessen der NATO. In: BECKER, Johannes M. & Gert SOMMER (Hg.): *Der Libyen-Krieg. Das Öl und die „Verantwortung zu schützen.“* Schriftenreihe zur Konfliktforschung Bd. 26: 109–130. Berlin.
- SCHLIEPHAKE, Konrad. 1993: Libyens Bewässerung und der „Große künstliche Fluß“. In: POPP, Herbert. & Klaus ROTHER (Hg.). *Die Bewässerungsgebiete im Mittelmeerraum. – Passauer Schriften zur Geographie*: 185–192.

Autor

Andreas Dittmann
 Institut für Geographie der
 Justus-Liebig-Universität Gießen
 andreas.dittmann@geogr.uni-giessen.de